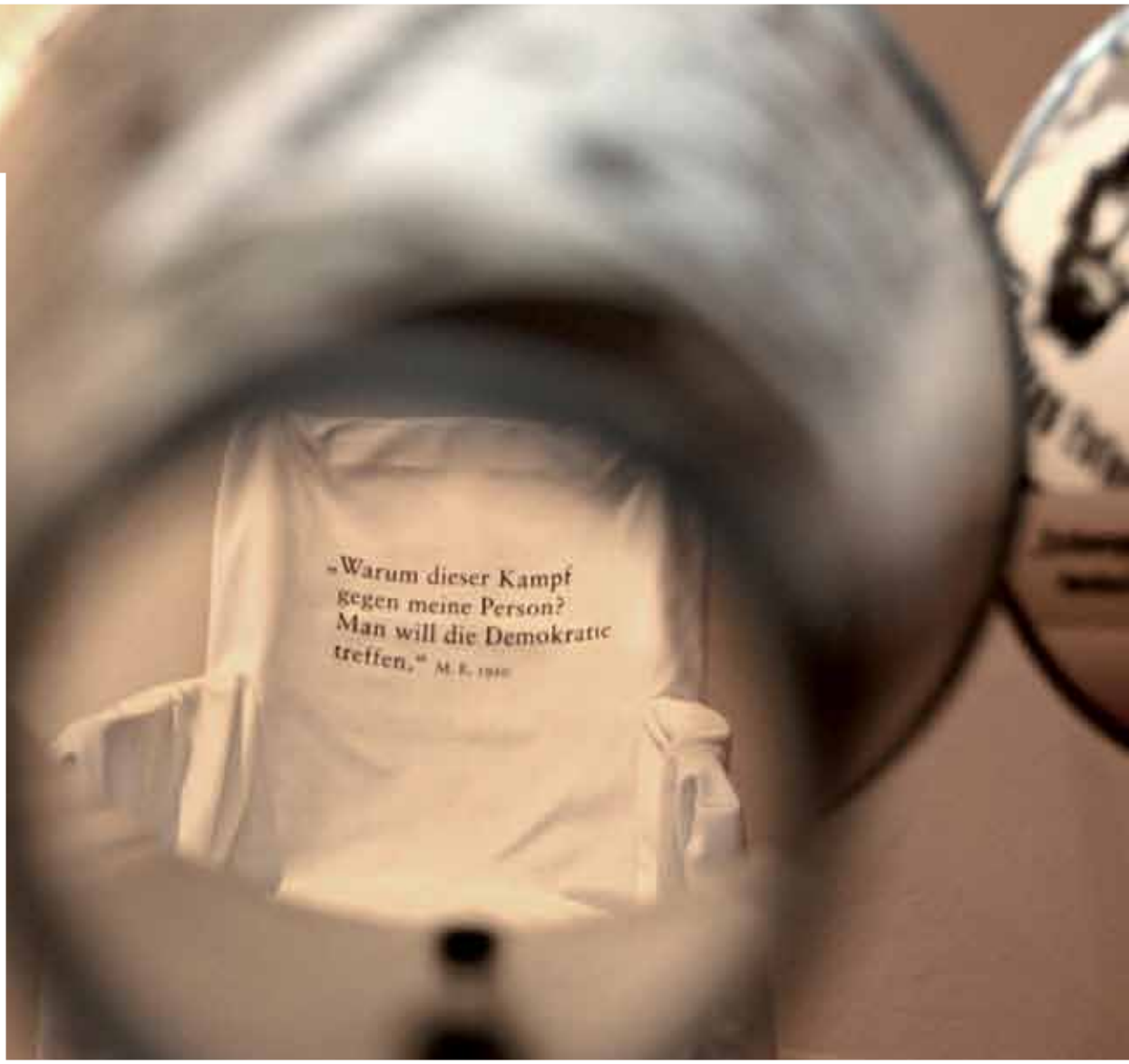
www.gegen-vergessen.de 78 / September 2013

Gegen Vergessen FÜR DEMOKRATIE

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Erinnerungsstätte Matthias Erzberger und der Wandel der Erinnerung	ab Seite 04
Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte	ab Seite 07
Menschenbilder – Otto Pankok: Maler der Verfolgten	ab Seite 09

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie, liebe Freundinnen und Freunde,

im Mai dieses Jahres mussten wir uns von unserem Vorstandsmitglied Max Stadler für immer verabschieden. Am 19. August ist nun auch Wolfgang Lüder, Gründungsmitglied und langjähriges Vorstandsmitglied unserer Vereinigung, im Alter von 76 Jahren überraschend verstorben. Ich sah ihn noch Anfang Juni bei unserer Veranstaltung zur Erinnerung an die deutsche Besatzung Griechenlands, ein Thema, das ihn neben dem Kampf gegen Rechtsextremismus sehr interessierte.

Gerade in dem Jahr, in dem wir das 20jährige Bestehen unserer Vereinigung feiern, wird uns immer wieder schmerzlich bewusst, dass viele derjenigen, die Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. geprägt und begleitet haben, nicht mehr unter uns sind. Umso mehr dürfen wir uns freuen, dass wir immer wieder erfrischt werden durch neue Mitglieder, darunter auch erfreulich viele junge Menschen. Wir können neue Mitglieder nicht nur gewinnen, sondern auch dauerhaft für unsere Ziele begeistern, die heute so aktuell sind wie vor zwanzig Jahren. Dies zeigt nicht nur die Arbeit der Jungen Akademie von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Münster oder das jährlich in Berlin stattfindende Fraport-Seminar für die Auszubildenden der Fraport AG. Die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Websites sowie die künftige Ausdehnung unseres Online-Angebots gerade auch für eine jüngere Zielgruppe geben Anreiz und Möglichkeit, sich zu informieren. Zudem können sie Antrieb sein sich einzubringen – für eine lebendige Demokratie, in der jede Generation ihren Platz findet.

Mit großer Freude sehe ich deshalb unserer Mitgliederversammlung im November entgegen. Wir werden neue Perspektiven und Aufgaben der Vereinsarbeit erörtern. Ich freue mich auf das Wiedersehen.

Ihr Wolfgang Tiefensee

Der Workshop **„Demokratiegeschichte. Anregungen für die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie“** beginnt am Freitag, den 18. Oktober 2013, ab 17.15 Uhr im Stadtmuseum Halle und endet am 19. Oktober um 17.00 Uhr.
Bei Interesse an der Tagung kontaktieren Sie bitte unsere Geschäftsstelle in Berlin: Tel.: 030 263978-3, Fax: 030 263978-40, E-Mail: info@gegen-vergessen.de

Die **diesjährige Mitgliederversammlung** findet am Samstag, den 23. November 2013, im Berliner Abgeordnetenhaus statt. Am 24. November 2013 werden im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors der Preis „Gegen Vergessen – für Demokratie“ und der „Waltraud-Netzer-Jugendpreis“ verliehen.

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

THEMEN

Die Erinnerungsstätte Matthias Erzberger und der Wandel der Erinnerung 4
Workshop: Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte 7
MENSCHENBILDER – Otto Pankok: Maler der Verfolgten 9
Norderney und seine jüdische Vergangenheit 12
Mit dem Mut der Verzweiflung – Widerstand vor der Gaskammer 15
Die „Ulmer Schülergruppe“ 1943 und ihr Gymnasium 17

AUS UNSERER ARBEIT

Gedenken am 20. Juli 20
Online-Beratung gegen Rechtsextremismus vorgestellt 20
Diktatur erinnern – Demokratie gestalten 21

REGIONALE ARBEITSGRUPPEN

RAG Berlin-Brandenburg: Rechtsextremismus in Berlin 23
RAG Rhein-Ruhr West: Europafest 24
RAG Rhein-Main, Sektion Südhessen: „Rechtsradikalismus – eine aktuelle Gefahr für Jugendliche?“ 26
RAG Baden-Württemberg, Breisach: Das „Blaue Haus“ in der Europastadt Breisach 29
RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen: Suche nach dem toten Vater führt ins Obere Gäu 31
RAG Rhein-Main, Sektion Südhessen: Vom Traum zum Trauma – Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 und die Folgen 32
RAG Baden-Württemberg: Sektion Allgäu-Oberschwaben gegründet 35

NAMEN UND NACHRICHTEN

Gedenkorte in Europa 36
Nachruf: Zum Tod unseres Vorstandsmitgliedes Wolfgang Lüder 37
Verleihung der Insignien eines Kommandanten der Ehrenlegion an Max Mannheimer 38
Viertes Heft der Schriftenreihe zum KZ-Außenlager erschienen 38

REZENSIONEN

Auschwitz als Aufgabe. 25 Jahre Internationale Jugendbegegnungsstätte Oświęcim 39
Feldwebel Anton Schmid. Ein Held der Humanität 40

BUCHEMPFEHLUNGEN

Marek Edelmann: Die Liebe im Ghetto 42
Die Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme 43
Nach dem „Anschluss“ – Berichte österreichischer EmigrantInnen aus dem Archiv der Harvard University 43

BEITRITTSERKLÄRUNG 45
VORSTAND | IMPRESSUM 46
ORGANISATORISCHES 47

Christopher Dowe

Erinnerungsstätte Matthias Erzberger

und der Wandel der Erinnerung an diesen Wegbereiter deutscher Demokratie

Matthias Erzberger zählte zu den wichtigen Wegbereitern der deutschen Demokratie. Lange Zeit war er nahezu in Vergessenheit geraten. Doch seit etwa 15 bis 20 Jahren vollzieht sich ein langsamer Wandel – nicht nur in seiner Heimat in Baden-Württemberg. Seit 2004 trägt beispielsweise im brandenburgischen Finowfurt (Barmin) ein zentraler Platz den Namen Erzbergers, und eine Gedenkstele erinnert an den Politiker. 2011 wurde der zentrale Saal im Berliner Bundesfinanzministerium feierlich nach Matthias Erzberger benannt.

Teil dieses Wandlungsprozesses und ein verstärkender Faktor war die Eröffnung der Erinnerungsstätte Matthias Erzberger im Geburtshaus des Politikers in Münsingen-Buttenhausen im Jahr 2004. In diesem Projekt fließen Engagement von Land, Kommune und Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Die Stadt Münsingen kaufte das Gebäude aus dem 18. Jahrhundert, renovierte es und sorgt für den Unterhalt. Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg konzipierte und realisierte als Landesmuseum die Ausstellung und entwickelt diese bis heute fort. Der eigens gegründete Münsinger Geschichtsverein übernahm die Aufsichten und bietet Führungen durch Erzbergers Geburtshaus an.

Die Ausstellung in der Erinnerungsstätte arbeitet mit modernen musealen Mitteln und erzählt in elf Stationen die politische Biografie Erzbergers und die umkämpfte Erinnerung an ihn. Inszenierte Bildräume erwarten den Besucher und präsentieren ausgewählte originale Objekte. Gestaltet hat die Ausstellung der international bekannte Stuttgarter Szenograph Professor Uwe Brückner.

Eindrücklich wird den Besucherinnen und Besuchern der Politiker Erzberger nahegebracht, der aus einfachen Verhältnissen stammte. Nach einer Kindheit auf der Schwäbischen Alb durchlief er die Volksschullehrerausbildung, entschied sich aber mit 21 Jahren für ein Leben in der Politik. Fast ein Jahrzehnt lang war er Multifunktionär im württembergischen Katholizismus. Als politischer Journalist vertrat er die Positionen der württembergischen Zentrumspartei. Im Wahlkampf war er als Redner von den politischen Gegnern gefürchtet. Arbeitern, Handwerkern und Bauern half er, Vereine, Gewerkschaften und Genossenschaften zu gründen. Hilfe zur Selbsthilfe war sein politisches Credo. Ab 1903 vertrat Erzberger

Diese Inszenierung symbolisiert die maßlose Hetze der nationalistischen Presse gegen Erzberger.

Fotos: HdGBW

In inszenierten Bildräumen werden ausgewählte originale Objekte gezeigt.

den württembergischen Wahlkreis Biberach, Leutkirch, Waldsee, Wangen im Reichstag. Auch hier verstand er sich als Anwalt der kleinen Leute und engagierte sich für deren Belange. Immer wieder trat er dafür ein, dass der Reichstag seine Mitbestimmungs- und Kontrollrechte einsetzen und ausbauen solle.

Im Ersten Weltkrieg organisierte Erzberger nicht nur deutsche Auslandspropaganda, sondern übernahm mehrfach diplomatische Geheimmissionen. Infolge des Kriegsverlaufs wandelte er sich vom Annexionisten zum parlamentarischen Vorkämpfer eines Verständigungsfriedens und regte 1917 die Friedensresolution des Reichstags an. 1918 übernahm er als Minister im Kabinett des Prinzen Max von Baden die undankbare und verantwortungsvolle Aufgabe, über eine Einstellung der Kämpfe zu verhandeln. Im Auftrag der Revolutionsregierung um Friedrich Ebert und der deutschen Militärführung unter General Paul von Hindenburg unterzeichnete er den Waffenstillstandsvertrag von Compiègne, der den Ersten Weltkrieg beendete. Als führender Vertreter des demokratischen Flügels der katholischen Zentrumspartei sorgte er in der Revolution 1918/19 dafür, dass seine Partei mit Sozialdemokraten und Liberalen zusammenarbeitete, um eine parlamentarische Demokratie zu errichten. Im Reichskabinett und in der Weimarer Nationalversammlung setzte sich Erzberger für die Annahme des Versailler Vertrages ein, um eine Fortsetzung des Krieges und eine Zerschlagung Deutschlands zu verhindern. Als Reichsfinanzminister ordnete er 1919/20 innerhalb von neun Monaten das Steuer- und Finanzwesen neu und schuf Strukturen, die im Wesentlichen bis heute Bestand haben. So wollte er der jungen Demokratie eine tragfähige fiskalische Grundlage geben und die Steuerlast sozial gerecht entsprechend der jeweiligen Leistungsfähigkeit verteilen.

Nicht nur mit dieser Steuer- und Finanzpolitik polarisierte Erzberger stark. Nationalisten machten ihn für die deutsche Kriegsniederlage und deren Folgen verantwortlich und überzogen ihn mit maßloser Hetze. Dies zielte darauf ab, in Erzberger eine Symbolfigur der Weimarer Republik zu treffen und die junge Demokratie zu zerstören. Mitglieder der antirepublikanischen Geheimorganisation Consul ermordeten Erzberger 1921 im Schwarzwald bei Bad Griesbach.

Auch nach seinem Tod blieb Erzberger umstritten. Die Erinnerung an ihn wurde Teil der erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern der Weimarer Republik. Mit Schändung und Zerstörung von Erzbergerdenkmälern und der Umbenennung von Straßen endeten diese geschichtspolitischen Kämpfe im Dritten Reich. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde zwar wieder positiv an Erzberger erinnert, doch spielte sein Name in der politischen Kultur der Bundesrepublik keine Rolle. Erst in den letzten Jahren wird Erzberger wieder vermehrt gewürdigt. Die Eröffnung der Erinnerungsstätte Matthias Erzberger ist wohl das prominenteste Beispiel dafür.

Welchen Stellenwert und welche Vielfalt das Erinnern an Matthias Erzberger im deutschen Südwesten inzwischen gewonnen hat, zeigte sich 90 Jahre nach seiner Ermordung, als das Haus »

In elf Stationen wird das politische Leben und Wirken Erzbergers sowie die Erinnerung an ihn dargestellt.

» der Geschichte Baden-Württemberg 2011 das „Erzberger-Jahr" ausrief. In Kooperation mit Kommunen, Vereinen und Initiativen fanden Vorträge, künstlerische Erinnerungsprojekte, feierliche Gedenkveranstaltungen und Filmvorführungen zu Erzberger statt. Den Abschluss des Erzbergerjahrs bildete das vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg zusammen mit der Landeshauptstadt Stuttgart veranstaltete zweitägige Stuttgarter Symposion, bei dem Fachleute aus dem In- und Ausland neueste Forschungsergebnisse zu Erzberger in allgemeinverständlicher Sprache sowohl einer Fachöffentlichkeit als auch Hunderten von historisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern vorstellten. Die Ergebnisse dieser Tagung sind gerade in Form eines reich bebilderten Taschenbuchs erschienen.

Dass das Erzbergerjahr nicht folgenlos war, zeigen auch so manche kommunalen Diskussionen, die in den letzten Jahren geführt wurden. In ihnen erörtern engagierte Bürgerinnen und Bürger mit ihren gewählten politischen Vertretern, wie in der eigenen Kommune angemessen an die Vergangenheit erinnert werden und welcher Stellenwert Erzberger etwa in Biberach, Reutlingen oder Schwäbisch Gmünd zukommen soll. ■

Dr. Christopher Dowe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Haus der Geschichte Baden-Württemberg, das die Erinnerungsstätte Matthias Erzberger unterstützt.

ERINNERUNGSSTÄTTE MATTHIAS ERZBERGER
Mühlsteige 21 | 72525 Münsingen-Buttenhausen
ÖFFNUNGSZEITEN: Sonntags und feiertags 13 bis 17 Uhr
Gruppen nach Vereinbarung
INFORMATION: Stadtarchiv Münsingen | Telefon 07381 182-115
archivmuensingen@t-online.de
www.erzberger-museum.de

Fotos: HdGBW

Foto: HerbertErwin/Wikipedia

Auf den Spuren der Demokratie:
Blick in die Ausstellung in der Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg.

WORKSHOP

Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte. Anregungen für die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie

Ein Schwerpunkt der Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen sowie das Unrecht des SED-Regimes. Daneben wollen wir ein neues Feld etablieren: die Demokratiegeschichte. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein komplexes System von Teilhabe und Selbstorganisation mit einer langen Geschichte. Um ein anschauliches Bild von der Geschichte politischer Teilhabe zu zeichnen, wollen wir versuchen, Demokratiegeschichte als Geschichte von Akteuren, von Handlungsspielräumen, von Zugängen und von Chancen zu verstehen.

Welche Anknüpfungspunkte und Umsetzungsmöglichkeiten sind dazu geeignet? Spuren zur Geschichte und Entwicklung von Demokratie und Partizipation gibt es an jedem Ort. Wie kann es gelingen, diese sichtbarer zu machen?

› Die **ANMELDUNG** erfolgt über die Bundesgeschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Ansprechpartnerin für alle organisatorischen Fragen ist Conny Baeyer (Tel. 030/2639783 oder *baeyer@gegen-vergessen.de*). Wir bitten Sie, die Anmeldung spätestens bis zum 30. September 2013 vorzunehmen, damit die Übernachtungskapazitäten dementsprechend geplant werden können.

› Die **ÜBERNACHTUNG** erfolgt im **HOTEL ATLAS HALLE**, Delitzscher Straße 32a, 06112 Halle/Saale, 0345 6853630, *www.atlas-halle.com*. In diesem Hotel steht uns ein Abrufkontingent zur Verfügung. Wir haben uns für ein zentral gelegenes und dennoch kostengünstiges Drei-Sterne-Hotel entschieden, damit gewährleistet ist, dass Mitglieder am Workshop teilnehmen können, die sich keine hohen Hotelkosten leisten möchten. Das **Einzelzimmer** kostet inklusive Frühstück **44,00 € pro Nacht** und muss am Tag der Abreise beglichen werden. Für die Zimmerbuchung verwenden Sie bitte das vorbereitete Formular. Bitte buchen Sie frühzeitig, da Zimmer nur in begrenzter Zahl zur Verfügung stehen.

› Der **TAGUNGSORT** ist das Stadtmuseum Halle, Christian-Wolff-Haus, Große Märkerstraße 10, 06108 Halle/Saale, *www.halle.de/de/Kultur-Tourismus/Stadtgeschichte/Stadtmuseum*.

› **ANREISE**

Vom Hauptbahnhof zum Hotel sind es 700 Meter Fußweg in östlicher Richtung. Zwischen Hauptbahnhof und der nächstgelegenen Station Freiimfelder Straße verkehren die Straßenbahnlinien 7 und 10.

Vom Hauptbahnhof zum Tagungsort sind es 1,3 Kilometer Fußweg in westlicher Richtung. Zwischen Hauptbahnhof und der nächstgelegenen Station Marktplatz verkehren die Straßenbahnlinien 7 und 10.

Die Nutzung der Straßenbahn ist bei der Anreise mit der DB in der City-Option enthalten.

› Die **KOSTEN** betreffend wird für den Workshop keine Tagungsgebühr erhoben. Am Anreisetag wird ein kleiner Imbiss angeboten, ebenfalls sind die Tagungsteilnehmer am Samstag zu Kaffee und Kuchen sowie einem Mittagsimbiss eingeladen.

Den Tagungsteilnehmern entstehen Kosten für das Abendessen, die selbst beglichen werden müssen. Fahrt- und Übernachtungskosten können leider nicht erstattet werden.

Unser Workshop-Programm stellen wir auf der nächsten Seite vor. »

WORKSHOP-PROGRAMM

FREITAG, 18. Oktober 2013	
bis 17.00 Uhr	**Anreise u. Check-In** Hotel Atlas Halle, Delitzscher Straße 32 a, 06112 Halle (Saale), Tel.: 0345-68 53 630 http://www.atlas-halle.com
ab 17.15 Uhr	**Stehempfang mit Erfrischungen** Stadtmuseum Halle, Christian-Wolff-Haus Große Märkerstraße 10, 06108 Halle (Saale), Tel.: 0345 221-3030 http://www.halle.de/de/Kultur-Tourismus/Stadtgeschichte/Stadtmuseum/
18.00 Uhr	**Begrüßung** Wolfgang Tiefensee, Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
18.30 Uhr	**Was ist Demokratiegeschichte und wie sollen wir mit ihr umgehen?** Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Stellvertretender Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
19.00 Uhr	**Ein Blick nach Halle: Das „Genscher-Haus" als Begegnungsstätte Deutsche Einheit** Peter-Andreas Bochmann, Leiter des Regionalbüros Mitteldeutschland der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
19.30 Uhr	**Diskussion**
ab 20.30 Uhr	**gemeinsames Essen, lockerer Erfahrungsaustausch und abendlicher Ausklang**

SAMSTAG, 19. Oktober 2103	
	Frühstück im Hotel und Check-Out Gepäckaufbewahrung tagsüber möglich
PANEL 1:	**Erinnerungsorte an die Freiheitsbewegungen im 19. Jahrhundert**
9.00 Uhr	**Input 1:** Schloss Rastatt – Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte Dr. Elisabeth Thalhofer, Leiterin Erinnerungsstätte
9.30 Uhr	**Arbeit in Kleingruppen**
10.45 Uhr	**Kaffeepause**
PANEL 2:	**Politikergedenkstätten**
11.15 Uhr	**Input 1:** Politikergedenkstiftungen des Bundes Prof. Dr. Walter Mühlhausen, Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
11.30 Uhr	**Input 2:** Erinnerungsstätte Matthias Erzberger in Münsingen-Buttenhausen Dr. Christopher Dowe, wissenschaftl. Mitarbeiter des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg
11.45 Uhr	**Arbeit in Kleingruppen**
13.00 Uhr	**Mittagsimbiss**
PANEL 3:	**Perspektiven für die Arbeit von Gegen Vergessen– Für Demokratie e.V.**
14.00 Uhr	**Input 1:** Internetportal „Demokratie vor Ort" Dr. Dennis Riffel, wissenschaftlicher Referent, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
14.15 Uhr	**Input 2:** Projektarbeit zur Geschichte der Partizipation Heiko Klare, Förderverein Geschichtsort Villa ten Hompel e.V.
14.30 Uhr	**Kaffeepause**
15.00 Uhr	**Arbeit in Kleingruppen**
16.00 Uhr	**Bündelung der Arbeitsergebnisse**
17.00 Uhr	**Ende der Tagung** / Transfer zum Hauptbahnhof

Foto: Letov/wikipedia

Wird auf der Tagung in Halle auch Thema sein: Das „Genscherhaus" in Halle-Reideburg als Demokratieort. (Bild oben)

Eingang zur Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Schloss Rastatt. (Bild links)

Jürgen Vits

MENSCHENBILDER – Otto Pankok: Maler der Verfolgten

Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche

„Diese Bilder sollen ein Gruß an die freien Menschen sein, an die, die verbannt und erniedrigt wurden und nun heimkehren, an die, die gefangen wurden und nun aus dunklem Kerker zurückkommen und wieder die Mittagssonne fühlen auf ihrer Haut und den Regen schmecken, die nun wieder den Wind um ihren Leib wehen fühlen, an sie, die aus den Trümmern und von den Leichenfeldern Europas sich erheben und wieder aufblicken in den sternbesäten Himmel."

Otto Pankok, 1947

Foto: Eva Pankok/Otto-Pankok-Museum

Kurz nach Beendigung der Ausstellung wurden der Maler **Otto Pankok** und seine Ehefrau, die Journalistin **Hulda Pankok**, posthum geehrt: Die israelische Gedenkstätte Yad Vashem zeichnete beide als **„Gerechte unter den Völkern"** aus. Sie hatten 1944 die Jüdin Brunhilde Barz und ihren Ehemann Mathias Barz in einer Dachkammer ihres Hauses versteckt. Es bestand die akute Gefahr der Entdeckung. Brunhilde Barz, geborene Stein, entging so dem Holocaust.

Ausstellung „gegen das Vergessen" in der Wiege der deutschen Demokratie

Die regionale Arbeitsgruppe Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat in der Frankfurter Paulskirche aus Anlass des 120. Geburtstags des Malers, Grafikers und Bildhauers Otto Pankok (1893–1966) eine Kunstausstellung initiiert. Vom 12. April bis 12. Mai 2013 wurde damit erstmalig in der Rhein-Main-Region eine Auswahl von Kohlegemälden, Grafiken und Bronzeplastiken aus dem Gesamtwerk des verfolgten Künstlers präsentiert. Mit der thematischen Schwerpunktsetzung auf ausgewählte „Menschenbilder gegen das Vergessen" aus der Zeit des Nationalsozialismus und mit der Wahl der geschichtsträchtigen Frankfurter Paulskirche – Wiege des ersten Demokratieversuchs in Deutschland – als Ausstellungsort ist es gelungen, die zwei zentralen Anliegen unserer Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in idealer Weise programmatisch miteinander zu verknüpfen. »

In der Ausstellung „MENSCHENBILDER – Otto Pankok: Maler der Verfolgten"

Foto: Jürgen Vits

» MALER DER VERFOLGTEN

In Otto Pankoks Gesamtwerk spiegelt sich wie bei keinem anderen deutschen Künstler der nationalsozialistische Völkermord an Minderheiten. Otto Pankok lässt mit seiner kraftvollen Bildsprache die von ihm porträtierten Ausgegrenzten und Verfolgten stets in ihrer Individualität und Würde hervortreten. Es ist nicht zuletzt diese von Empathie und Respekt geprägte Haltung des Künstlers gegenüber seinen Modellen, die noch heute den einzigartigen Rang seiner Bildkunst ausmacht. Die in der Frankfurter Paulskirche gezeigten Menschenbilder aus den Jahren 1930 bis 1950 – ingesamt 50 Exponate – stammten aus seinen drei bedeutenden Zyklen „Passion", „Sinti-Porträts" und „Jüdisches Schicksal".

MENSCHENBILDER

● Passion

Eine zentrale Stellung in Otto Pankoks Kunstschaffen nimmt sein Passionszyklus ein. Diese eindrucksvolle Werkgruppe, bestehend aus 60 großformatigen Kohlegemälden zur Leidensgeschichte Jesu, entstand in den beiden ersten Jahren der NS-Diktatur. Die Motive spiegeln in kaum verhüllter Weise den Terror und die Unmenschlichkeit der Zeit. Sie zeigen dem Betrachter das Leiden und die Ohnmacht des Einzelnen unter dem Eindruck um sich greifenden Hasses und Verfolgungswahns. Bewusst verlieh der Künstler den biblischen Figuren Züge befreundeter Sinti und Juden. Otto Pankok verstand die Passion als einen bewussten Akt des Widerstands gegen die NS-Machthaber mit den Mitteln der Kunst. Die in den biblischen Szenen enthaltene Kritik wurde von den Nationalsozialisten jedoch sehr bald entschlüsselt. So wurde eine Ausstellung der Passion in Mülheim an der Ruhr im Juli 1935 auf Intervention der staatlichen Kulturwächter vorzeitig geschlossen. Dennoch brachte der Gustav Kiepenheuer Verlag die Passion Ende 1936 als Bildband heraus. Im Januar 1937 erschien in der SS-Zeitung „Das schwarze Korps" im Zusammenhang mit der Passion ein ganzseitiger Hetzartikel unter dem Titel „Gotteslästerung 1936", in dem Otto Pankok der „philosemitischen Malerei" und des „Kulturbolschewismus" bezichtigt wurde. Direkt im Anschluss beschlagnahmte und vernichtete die Gestapo die noch nicht verkauften Buchexemplare im Verlagshaus, in der Druckerei, in Buchhandlungen sowie in Pankoks Wohnung und Atelier. Nur ein kleiner Teil der Auflage konnte vor dem Zugriff gerettet werden.

Foto: Eva Pankok/Otto-Pankok-Museum

Die Kohlezeichnung Otto Pankoks von 1931 zeigt frierende Sintikinder.

● Sinti-Porträts

Prägend für Otto Pankoks künstlerische Entwicklung war seine Begegnung und anschließende Freundschaft mit Sinti-Familien in Düsseldorf. Schon bald wurden diese Menschen zu seinen wichtigsten Bildmotiven. In zahlreichen Kohlegemälden, die in den Jahren 1931 und 1932 entstanden, spiegelt sich der Existenzkampf der ausgegrenzten Minderheit auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise. Im Februar 1932 stellte Otto Pankok in der Kunsthalle Düsseldorf in Anwesenheit der Modelle seine großformatigen Kohlegemälde mit Darstellungen der Düsseldorfer Sinti aus. Es war seine letzte große Ausstellung vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Der 30. Januar 1933 markierte auch für die Düsseldorfer Sinti-Familien den Beginn ihrer systematischen Verfolgung. Die meisten von ihnen wurden später in den Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet. Trotz eigener Verfolgung setzte Otto Pankok auch in der Folgezeit seine künstlerische Arbeit mit Sinti-Motiven fort. So entstand während des Krieges unter Heranziehung seiner alten Kohlezeichnungen eine größere Zahl expressiver Holzschnitte „gegen das Vergessen" mit Einzelporträts „seiner" mittlerweile deportierten Düsseldorfer Sinti-Kinder. Nach dem Krieg schuf Otto Pankok berührende Bilder von den wenigen überlebenden Sinti, die er nach ihrer Rückkehr aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern in Düsseldorf wiedertraf. Diese Porträts zeigen eindringlich die tiefe körperliche und seelische Verwundung von Menschen, die zumeist fast alle ihre Angehörigen verloren hatten. Durch seine enge Verbundenheit mit den Düsseldorfer Sinti wurde Otto Pankok zum künstlerischen Chronisten der an dieser Minderheit begangenen Verbrechen.

Foto: Eva Pankok/Otto-Pankok-Museum

Der Werkgruppe „Jüdisches Schicksal" wird auch diese Kohlezeichnung eines jüdischen Friedhofes zugerechnet, die Otto Pankok 1936 anfertigte.

● Jüdisches Schicksal

Mit den systematischen und sich verschärfenden Ausgrenzungen und Verfolgungen der Juden und den zunehmenden Nachrichten über Gräueltaten in den besetzten Gebieten rückte deren Schicksal immer stärker in das künstlerische Blickfeld Otto Pankoks. Unter gefahrvollen Arbeitsbedingungen entstand nun eine Gruppe von Bildern, die später unter der Bezeichnung „Jüdisches Schicksal" als Werkgruppe zusammengefasst wurde. Auf diesen Bildern sieht man jüdische Menschen in hoffnungs-

Ein passender Ort für die Otto-Pankok-Ausstellung: die Frankfurter Paulskirche.

loser Ohnmacht vor gespenstischen Kulissen. Eine abgründige Verlassenheit dieser Gestalten ist der beherrschende Zug der Darstellungen, die das jüdische Schicksal beschwören. Einige Motive für seine Bilder hatte Otto Pankok aus NS-Propagandazeitschriften entnommen und den dort Diffamierten mit seiner künstlerischen Interpretation ihre Würde zurückgegeben.

VERFOLGTER MALER

Der in Mülheim an der Ruhr geborene Maler, Grafiker und Bildhauer entwickelte unter expressionistischem Einfluss eine eigenständige figurative Bildsprache, die expressive magische Elemente zu einem Realismus von großer poetischer Kraft verdichtete. Otto Pankoks Arbeiten stehen mit ihrer Linienführung und Ausdruckskraft unter dem Einfluss seines frühen Vorbildes Vincent van Gogh. Er hat in seinem Leben über 5 000 großformatige Kohlezeichnungen, fast 800 Holzschnitte, über 800 Radierungen und mehr als 200 Plastiken geschaffen. Typisch für ihn und singulär in der deutschen Kunstgeschichte sind seine großformatigen Kohlegemälde. Die meisten von Otto Pankoks Bildern weisen zwar nur die „Farben" Schwarz und Weiß auf, suggerieren aber in erstaunlicher Weise beim Betrachter durch ihre Grauabstufungen monochrome Farbigkeit.

Otto Pankoks Biografie ist wesentlich durch eigene Kriegserlebnisse und Verfolgung geprägt. Mit seinen eindringlichen Menschenbildern geriet er früh ins Visier der Nationalsozialisten. Seine Arbeiten – wie der Passionszyklus oder seine Sinti-Porträts – wurden sehr bald geächtet und als „entartet" diffamiert. Die berüchtigte Propaganda-Ausstellung „Entartete Kunst", die 1937 in München eröffnet und im Anschluss in weiteren Städten gezeigt wurde, enthielt eine Lithographie Otto Pankoks. Schließlich wurden über 50 seiner Werke aus deutschen Museen entfernt und vernichtet. Trotz des bestehenden Berufs- und Ausstellungsverbots setzte Otto Pankok, der bis zum Ende der NS-Diktatur mit seiner Familie in innerer Emigration zurückgezogen an verschiedenen Orten lebte, im Verborgenen sein widerständiges Kunstschaffen fort. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde er rehabilitiert und wirkte von 1947 bis 1958 noch einige Jahre als Professor für Zeichenkunst an der Kunstakademie Düsseldorf.

MENSCHENBILD

Wie kaum ein anderer deutscher Künstler des 20. Jahrhunderts ist Otto Pankok mit seinem eindrucksvollen Lebenswerk für Humanität und Menschlichkeit, Liebe zur Schöpfung sowie Frieden und Freiheit eingetreten. In der Ursprünglichkeit der Natur sah Otto Pankok für den Menschen einen weltanschaulichen Gegenentwurf zur ideologisch zerrissenen, technischen und orientierungslosen Zivilisation seiner Zeit. Die unbeirrte Suche nach der Wahrheit in der vielgestaltigen Schöpfung und in der menschlichen Existenz war für sein gesamtes Kunstschaffen und Menschenbild bestimmend. Otto Pankoks Leben und Werk sind von unveränderter Aktualität: So stellen die aus seinem Menschenbild resultierenden Kunstwerke auch für die heutigen Generationen einen eindringlichen Appell an Toleranz und Menschlichkeit sowie einen Aufruf gegen den latenten Rassismus dar.

Während der gesamten Zeit der NS-Diktatur war die Familie Pankok Drohungen, Diffamierungen, Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und Verboten ausgesetzt. In jener Zeit haben sich die Pankoks ungebeugt und mit großer Zivilcourage in menschlicher und künstlerischer Hinsicht für Verfolgte, Benachteiligte und drangsalierte Freunde eingesetzt. Noch heute pflegt und verkörpert die hoch betagte Malerin Eva Pankok als Zeitzeugin und Tochter Otto Pankoks das geistig-menschliche und künstlerische Erbe ihrer Eltern. So ist nach dem Tode Otto Pankoks das idyllisch gelegene Haus Esselt bei Wesel am Niederrhein mit dem Otto Pankok-Museum – letzte Wohn- und Wirkungsstätte von Otto Pankok – zu einem ganz besonderen Ort der Kunst- und Wertevermittlung geworden (www.pankok.de).

GROSSER AUSSTELLUNGSERFOLG IN FRANKFURT

Insgesamt haben an den 24 Öffnungstagen etwa 3 000 Besucher die Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche gesehen. Dank des prominenten Ausstellungsortes wurde ein Publikum aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland erreicht. Neben der feierlichen Vernissage – im Beisein von Eva Pankok –, mit Vorträgen und musikalischen Darbietungen wurde ein umfangreiches Begleitprogramm angeboten (Vorträge, Führungen, Zeitzeugengespräch, Lehrerseminar). Eine eigens konzipierte 68-seitige Broschüre zur Ausstellung wurde von den Besuchern sehr gut nachgefragt.

Neben dem erfreulich hohen Besucherinteresse war auch das Medienecho in Zeitungen, Hörfunk und Online-Portalen bemerkenswert: So haben die in Frankfurt erscheinenden Zeitungen F.A.Z., Frankfurter Rundschau und Frankfurter Neue Presse mit gesonderten Artikeln durchweg positiv und empfehlend über die Ausstellung berichtet. Im Hörfunk des Hessischen Rundfunks wurde mehrmals ein Beitrag über die Ausstellung gesendet.

Das Ausstellungsprojekt wurde ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis von Mitgliedern der regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. geplant und durchgeführt. Wesentliche Erfolgsfaktoren stellten dabei die kooperativen Partner der Projektleitung dar: Die Stadt Frankfurt, das Otto Pankok-Museum als Leihgeber der Exponate, die Katholische Akademie Rabanus Maurus, das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma sowie zahlreiche Sponsoren mit ihren großzügigen finanziellen Beiträgen. ■

Jürgen Vits ehrenamtlicher Kurator der Ausstellung, ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Mitglied der Otto Pankok-Gesellschaft e.V.

Weitere Informationen zur Ausstellung:
www.rheinmain-gegenvergessen.de/pankok • Bei Interesse an einer Otto Pankok-Ausstellung in Ihrer Region: *fam.vits@yahoo.de*

Irene Köß

Norderney und seine jüdische Vergangenheit

Der Name Norderney wird normalerweise mit Strand, Urlaub und Vergnügen in Verbindung gebracht. Wer von den vielen Urlaubern weiß schon, dass es auf Norderney vielfaches jüdisches Leben gab und auch von hier aus Menschen in den Tod geschickt wurden.

1797 wurde Norderney das erste deutsche Nordseebad. Im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Insel zum exklusiven Badeort. Seit 1820 sind hier auch jüdische Badegäste nachzuweisen. Neben Westerland auf Sylt und Heringsdorf auf Usedom wurde Norderney zum „Judenbad". Von anderen ostfriesischen Inseln ging hingegen sehr früh ein Antisemitismus aus, der sich zum Beispiel im „Borkumlied" zeigte: „Borkum, der Nordsee schönste Zier, bleib du von Juden rein, laß Rosenthal und Levinsohn in Norderney allein." Wegen der vielen jüdischen Badegäste ließen sich Juden auf Norderney nieder, eröffneten Geschäfte und boten koschere Speisen an. Auch prominente jüdische Gäste wie Heinrich Heine und Franz Kafka besuchten die Insel.

Ein Schlachter stellte in seinem Haus einen Raum als Betstube zur Verfügung. Die Betstube wurde im Laufe der Jahre für Ortsansässige und Badegäste zu klein. In den 1870er-Jahren gab es deshalb unter den jüdischen Kurgästen Bestrebungen, eine Synagoge zu erbauen. Das Geld für den Bau mussten die Norderneyer Juden und jüdischen Badegäste selbst beschaffen. Zahlreiche bürokratische Hindernisse waren zu überwinden. 1878 wurde die Synagoge schließlich im Beisein des preußischen Justizministers eröffnet. Die „Ostfriesische Zeitung" berichtete, dass der Landdrost aus Aurich das Gotteshaus im Namen Seiner Majestät des Kaisers der jüdischen Glaubensgenossenschaft übergab. Ein Vertreter der jüdischen Badegäste sprach das Gebet für den Kaiser und die kaiserliche Familie. Die neue Synagoge wurde nur von Mai bis September genutzt, im Winter wurde weiterhin das private Bethaus besucht.

Ein jüdischer Friedhof wurde nie angelegt. Eine Initiative für einen jüdischen Begräbnisplatz scheiterte an einem fehlenden Grundstück. Die auf der Insel ansässigen Juden mussten ihre Toten auf das Festland nach Norden überführen.

Strand und Urlaub verbindet man schon seit dem 19. Jahrhundert mit Norderney. Dass bis 1933 viele der Badegäste Juden waren, weiß heute kaum jemand mehr.

Foto: Irene Köß

Auch auf Norderney erinnern nun Stolpersteine an Opfer des Nationalsozialismus.

1933 verschlechterte sich die Situation für Juden auf der Insel. Ende Juni 1933 wurden von der Badeverwaltung am Badestrand Schilder mit der Aufschrift „Juden unerwünscht" aufgestellt. Als neuer Bürgermeister wurde Anfang Juli 1933 der Gerichtsreferendar Bruno Müller eingesetzt, nachdem der amtierende Bürgermeister Carssen Lührs beurlaubt und später seines Amtes enthoben wurde. Unter Müllers Oberaufsicht unternahm die Inselverwaltung erhebliche Anstrengungen, um die Juden von der Insel zu vertreiben.

Im August 1933 berichtete die „Norderneyer Badezeitung" von einem jüdischen Kurgast namens Juda Rosenberg, der von anderen Kurgästen wegen „Rassenschändung" denunziert wurde, weil er mit einem „Christenmädel", der 20-jährigen Elisabeth Makowiak, zwei durchgehende Zimmer teilte. Polizei und SA fielen daraufhin nachts über den Mann her und nahmen ihn zwei Jahre vor der Verabschiedung der Nürnberger Rassengesetze in Schutzhaft. Nur wenige Tage vorher war im Kurhaus der Insel ein Schild mit der Aufschrift „Die deutsche Frau tanzt nicht mit einem Juden" angebracht worden. Juda Rosenberg und Elisabeth Makowiak wurden im August 1935 in ihrer Heimatstadt Gelsenkirchen verhaftet und am nächsten Tag von einer Menschenmenge durch die Straßen der Innenstadt getrieben. Dabei wurde Juda Rosenberg körperlich schwer misshandelt. Beiden wurden Schilder umgehängt, auf denen zu lesen stand: „Ich bin ein Rassenschänder" und „Ich blonder Engel schlief bei diesem Judenbengel". Juda Rosenberg starb 1940 im KZ Sachsenhausen.

Ebenfalls im August 1933 kam der antisemitische Agitator und frühere Borkumer Pfarrer Münchmeyer nach Norderney und verkündete: „Der eiserne Besen kommt auch noch nach Norderney." Die Norderneyer Badeverwaltung wies 1934 mit Anzeigen in jüdischen Zeitungen darauf hin, dass jüdische Badegäste unerwünscht seien.

Die Norderneyer Synagoge, in der nach dem Sommer 1933 kein Gottesdienst mehr stattfand, wurde im Juli 1938 an einen nicht jüdischen Norderneyer Eisenwarenhändler verkauft. Durch den Verkauf entging sie der Zerstörung in der Pogromnacht am 9. November 1938. Nach einem Umbau wurde die Synagoge zunächst als Lagerraum genutzt. Heute befindet sich in dem stark veränderten Gebäude ein Restaurant. »

Foto: Andreas Jordan/Gelsenzentrum Gelsenkirchen

Die Familie Eichengrün aus Gelsenkirchen am Strand von Norderney um 1930 (alle drei überlebten in den USA).

Foto: Irene Köß

» Der letzte Synagogenverwalter, Julius Hoffmann, war Miteigentümer von „Hoffmanns Hotel Falk". Dieses Hotel gehörte zu den ersten Adressen für jüdische Badegäste. Julius Hoffmann war auf und für Norderney in verschiedenen Gremien tätig. So war er unter anderem erster Vorsitzender des „Vereins Norderneyer Gastwirte" und Ausschussmitglied für den Verkehrsverband Ostfriesland. Die nationalsozialistische Politik beraubte ihn seiner Existenz und 1933 wurde das Hotel „arisiert". Julius Hoffmann flüchtete mit seiner Familie von der Insel und überlebte in Israel.

Am 10. November 1938 trieb die SA sieben Juden der Insel morgens um sechs Uhr zusammen und führte sie an einen umzäunten Ort vor dem heutigen „Haus der Insel". Dort mussten sie trotz großer Kälte den ganzen Tag stehend verbringen. Essen, Trinken und zur Toilette zu gehen war ihnen nicht gestattet. Abends um acht Uhr wurden sie freigelassen.

Von den früheren jüdischen Einwohnern kehrte nach 1945 eine einzige Frau nach Norderney zurück, die wegen ihrer Kleinwüchsigkeit allgemein „Lüttji Lotti" (eigentlich Margot Levy) genannt wurde. Für Kontroversen sorgte 1983 die Aufstellung des Denkmals zu Ehren Heinrich Heines. Die Skulptur geht auf einen Entwurf des Bildhauers und Architekten Arno Breker zurück. Die Kritik entzündete sich an der nationalsozialistischen Vergangenheit Brekers.

Foto: Elvaube/Wikimedia Commons

Heinrich-Heine-Denkmal auf Norderney mit der Sockelinschrift: „Ich liebe das Meer wie meine Seele. Heinriche Heine auf Norderney 1826"

1988 wurde zum 50. Jahrestag der Pogromnacht im „Haus der Insel" eine Gedenktafel angebracht: „Zum Gedenken an die jüdischen Mitbürger der Stadt Norderney, die durch nationalsozialistischen Terror eines gewaltsamen Todes sterben mußten oder vertrieben wurden. Den Lebenden zur Mahnung. 9.11.1988 Der Rat der Stadt Norderney". Erst seit 1996 erinnert an der Fassade des Gebäudes der ehemaligen Synagoge eine Gedenktafel an das Bethaus. 2007 konzipierte das Stadtarchiv Norderney eine Ausstellung mit dem Thema „Juden auf Norderney".

Foto: Irene Köß

Nicht mehr erkennbar: Die ehemalige Norderneyer Synagoge ist heute ein Restaurant.

2013 gelang es einer Schülergruppe der Kooperativen Gesamtschule Norderneys und ihrem Lehrer Sascha Freese, ihr Projekt „Stolpersteine" zu verwirklichen. Unterstützung erhielten sie von der Stadt und vielen Spendern. Am 22. Februar verlegte der Künstler Gunter Demnig acht Stolpersteine zur Erinnerung an jüdische Mitbürger. Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung fand zuvor in der katholischen Kirche eine Gedenkstunde statt, bei der auch der Bürgermeister der Insel sprach. Er kündigte an, dass im Stadtarchiv ein Faltblatt erarbeitet werde, um Einwohnern und Gästen unter dem Titel „Spurensuche" nähere Informationen zu Erinnerungsorten jüdischen Lebens auf der Insel sowie zu den auf den Stolpersteinen vermerkten Personen zu geben. Sascha Freese beschrieb seinen Eindruck während der gemeinsamen Arbeit: „Für mich war es wunderbar zu sehen, wie die Schüler irgendwann gefangen waren." Dank des Einsatzes der Schüler und ihres Lehrers wurden sichtbare Zeichen gesetzt, um die Erinnerung an die jüdische Vergangenheit der Insel wachzuhalten. ■

Irene Köß ist Verwaltungsangestellte und seit 2012 Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Andreas Meckel

Mit dem Mut der Verzweiflung – Widerstand vor der Gaskammer

Das 1989 erschienene „Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945" vermerkt unter dem Datum des 23. Oktober 1943: „Mit einem Transport des RSHA sind aus Bergen-Belsen 1.800 Juden – Männer, Frauen und Kinder – eingetroffen, die mit Pässen, die eine Ausreise in lateinamerikanische Staaten erlauben, versehen sind." Keiner der Angehörigen dieses Transports, welcher für ein in seiner Perfidie fast beispielloses Täuschungsmanöver der SS steht, wird den Tag überleben. Doch mit dem schrecklichen Schicksal der Menschen ist die wohl folgenreichste Widerstandshandlung von Opfern vor den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau verknüpft.

Die Vorgeschichte hierzu beginnt in Warschau, wo vor 70 Jahren der jüdische Ghettoaufstand niedergeschlagen wurde. Am 16. Mai 1943 schreibt SS-Kommandeur Jürgen Stroop: „Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr". Bis zu 430 000 Menschen haben unter grauenvollen Bedingungen und in qualvoller Enge bis zu ihrer Deportation in die Mordlager dort leben müssen. Doch die SS weiß, dass Warschau nicht „judenrein" ist. Tausende von Juden sind aus dem Ghetto auf die „arische Seite" der Stadt geflüchtet oder schon vorher untergetaucht. Um ihrer habhaft zu werden, wird nun versucht, sie durch Versprechen auf „Ausreise ins neutrale Ausland" aus ihren meist unsicheren Verstecken zu locken. Dies verfängt bei vier- bis fünftausend verzweifelten Menschen, die auf entsprechende Pässe und Einreisepapiere hoffen, welche die SS im „Hotel Polski" verkauft.

Die aus dem Ausland von jüdischen Organisationen und Angehörigen geschickten, zum Teil gefälschten Papiere haben die mittlerweile meist deportierten und ermordeten Menschen nicht mehr erreicht und sind von der SS gesammelt worden. Durchaus plausibel und ursprünglich wahrscheinlich auch beabsichtigt, sollen die jetzigen Besitzer der Papiere als sogenannte „Austauschjuden" gegen im Ausland internierte und kriegsgefangene Deutsche eingetauscht werden. Etwa 2 500 Menschen mit teilweise für horrende Summen erstandenen Papieren werden tatsächlich in das „Aufenthaltslager" Bergen-Belsen gebracht, weitere 300 ins französische Vittel, wo sie auf die „Ausreise" hoffen. 400 Juden, die ohne Papiere bleiben, weil sie zu spät zum „Hotel Polski" kommen, erschießt die SS in und neben dem berüchtigten Warschauer Gefängnis „Pawiak". »

Blick auf die Ruinen des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau heute.

Foto: Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Statt eines frohen Wiedersehens erhielten wir d. unfaßbare Nachricht vom Heldentod meines innigstgeliebten, guten Mannes, unseres lieben Sohnes, Schwiegersohnes, Schwagers und Onkels

SS-Uscha.
Josef Schillinger
* 22. 1. 08 † 23. 10. 43
Inhaber des EK. II

Er gab sein Leben und ich mein ganzes Glück.

Oberrimsingen, 29. Okt. 1943.

In tief. Schmerz: Frau Friedel Schillinger geb. Wenz als Gattin; Frau Maria Schillinger als Mutter, sowie alle Anverwandten.

Die Beisetzung findet am 30. Okt. 43, um 14.30 Uhr, vom Trauerhaus aus statt.

Die Todesanzeige für Josef Schillinger, die am 29. Oktober 1943 in „Der Alemanne" erschien und ihm den „Heldentod" attestierte.

» Aber auch die „Austauschjuden", die den Versprechungen geglaubt haben, werden bis auf wenige nach Auschwitz gebracht und dort ermordet. Denn die lateinamerikanischen Länder und das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) erklären die im „Hotel Polski" verkauften Pässe und Einreisepapiere bald für ungültig oder verzögern ihre Anerkennung, was für die Betreffenden einem Todesurteil gleichkommt. Nur etwa 400 von ihnen überleben den Krieg, wider alle Erwartungen auch 170 Menschen auf der als besonders unsicher angesehenen „Palästina-Liste". Sie werden zunächst von der Schweiz aufgenommen.

Bei der Abwicklung des Geschäfts mit den Ausweispapieren im „Hotel Polski", bei dem die SS die „Austauschjuden" um ihren letzten Besitz bringt, bedient sie sich auch jüdischer Agenten und Agentinnen, denen dafür Freiheit und Ausreise versprochen werden. Zu ihnen gehört die Tänzerin Franziska Mann, 1906 als Lola Horowitz in Brod geboren, die ebenfalls nach Bergen-Belsen gebracht wird. Sie ist unter den 1 800 Menschen, die von Bergen-Belsen aus nach Auschwitz geschickt werden. Den Menschen im Transport ist vorher erzählt worden, sie würden in das – in Wahrheit nicht existierende – Lager „Bergau" bei Dresden gebracht, von wo aus dann die „endgültige Ausreise" erfolgen würde.

Nach dem Eintreffen auf der Rampe in Auschwitz-Birkenau entwickelt sich unter den Getäuschten Unruhe, welche die SS veranlasst, die Männer von den Frauen mit den Kindern zu trennen. Die Männer werden mit Lastwagen zum Krematorium II, die Frauen und Kinder zum Krematorium III gebracht. Unter den SS-Leuten, die den Transport der Frauen und Kinder begleiten, befinden sich Oberscharführer Quackernack und die Unterscharführer Emmerich und Schillinger. Von überlebenden Häftlingen des Lagers wird Schillinger als sadistisch und besonders bösartig und brutal beschrieben: „Ein verkommenes Subjekt, ein Schrecken der Häftlinge" (Wieslaw Kielar). Der aus Oberrimsingen am Kaiserstuhl stammende 1908 geborene Josef Schillinger, von Beruf Böttcher (Fassmacher), tritt schon im März 1932 in die SS ein. Seit der Errichtung des Lagers tut er Dienst in Auschwitz, zuletzt als Rapportführer, und wird im September 1942 zum Unterscharführer befördert. „Der Hieb seiner Hand war wuchtig wie ein Knüppel, spielend zerschlug er einen Kiefer, und wo er hinschlug, floss Blut" (Tadeusz Borowski).

Nachdem der Transport im Krematorium III angekommen ist, versucht der für seine Täuschungskünste berüchtigte SS-Obersturmführer Hößler die Menschen mit Hinweis auf die zur „Ausreise" notwendige „Desinfektion" zu beruhigen. Bei etwa der Hälfte der Opfer verfängt das. Sie entkleiden sich und betreten die Gaskammer. Die anderen bleiben misstrauisch stehen und werden plötzlich von den umstehenden SS-Männern mit Knüppeln und Peitschen brutal geschlagen. In der Falle und angesichts ihrer aussichtslosen Lage beginnen sich nun auch die restlichen Opfer auszuziehen. Unter ihnen Franziska Mann, welche die Täuschung längst durchschaut hat. Von Filipp Müller und anderen im Vorraum anwesenden überlebenden Mitgliedern des Häftling-Sonderkommandos wird sie als große Schönheit geschildert, die sofort die Blicke von Quackernack und Schillinger auf sich zieht. Was nun geschieht, ist in verschiedenen Versionen überliefert. Nach der glaubwürdigsten zieht sie sich betont langsam aus und schlägt plötzlich blitzschnell dem völlig überraschten Quackernack mit der Spitze eines Schuhabsatzes ins Gesicht. Als der sich mit den Händen schützen will, entreißt sie ihm den Revolver und schießt auf ihn. Sie verfehlt ihn knapp, trifft dann den neben ihm stehenden Schillinger in den Bauch und verwundet Unterscharführer Emmerich mit einem weiteren Schuss, von dem er ein steifes Bein behalten wird. Viele der Frauen werfen nun mit Gegenständen und stürzen sich mit bloßen Händen auf die SS-Leute, die sich fluchtartig aus dem Raum zurückziehen.

Auch die Häftlinge des Sonderkommandos können den Raum noch verlassen, in dessen Eingang kurz darauf auf Befehl des inzwischen erschienenen Lagerkommandanten Höß zwei Maschinengewehre aufgestellt werden. Der Widerstand endet in einem Blutbad. Noch am nächsten Tag schießt die SS „zur Vergeltung" wahllos in das Lager, tötet 13 Häftlinge und verwundet viele.

Josef Schillinger stirbt auf dem Weg ins Krankenhaus. Nach der Überführung wird er in seinem Heimatort Oberrimsingen unter großer Anteilnahme des Dorfes und mit militärischem Zeremoniell in einem „Ehrengrab" beigesetzt. Auf Betreiben des Autors wird Schillingers Grabkreuz im Mai 2003 entfernt. Zum gleichen Zeitpunkt verschwindet auch sein Name vom örtlichen Kriegerdenkmal. Bis dahin wird Josef Schillinger in seinem Heimatort totgeschwiegen. Die ebenfalls aus dem Dorf stammende Journalistin Waltraud Schwab, die sich mit ihm auseinandersetzt, schreibt dazu: „Dabei kannten sie ihn. Im Dorf kennt sich jeder".

Für die Häftlinge in Auschwitz-Birkenau – dies sei nachgetragen – ist der Tod des Massenmörders Josef Schillinger mehr als ein Signal gewesen. Er war auch eine Erleichterung für sie – so seltsam dies angesichts der schrecklichen Lebensbedingungen dort klingen mag. Doch der Auschwitz-Überlebende Jozef Czarvik erinnert sich: „Die Atmosphäre in Birkenau verbesserte sich beträchtlich, nachdem das Monster beseitigt war." ■

Andreas Meckel ist Publizist, engagiert sich in unterschiedlichen Gedenkprojekten und ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Quelle: Stadtarchiv Ulm

Schulgebäude aus dem Jahr 1933, das 1878 bezogen und im Zweiten Weltkrieg fast vollständig zerstört wurde.

Quelle: Konrad Hirzel, Tübingen

Spielte nicht nur Geige. Die Schülerin Susanne Hirzel (Bild unten) warf 1943 Flugblätter der „Weißen Rose" in Stuttgarter Briefkästen.

Michael Kuckenburg

Die „Ulmer Schülergruppe" 1943 und ihr Gymnasium

„Daraus erwuchs bei uns Opposition"

Die Geschwister Scholl lebten lange Zeit in Ulm, ihr Schicksal ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist, dass es eine Schülergruppe in ihrem Umfeld gab, die sie aktiv unterstützt hat; alle ihre sechs Mitglieder besuchten das humanistische Gymnasium (heute Humboldt-Gymnasium) in Ulm oder hatten es besucht, fünf von ihnen (Jahrgang 1924/25) gingen sogar in dieselbe Klasse, drei wurden von Freislers „Volksgerichtshof" verurteilt. So etwas gab es an keiner anderen Schule in Deutschland. Welche Bedeutung hatte das Ulmer Gymnasium für die Entwicklung der widerständigen Schüler?

1943: Freisler ist ratlos

Es ist Montag, der 19. April 1943, 21.45 Uhr, im Münchner Justizpalast tagt der „Volksgerichtshof". Vor acht Wochen sind Hans und Sophie Scholl und Christoph Probst zum Tode verurteilt worden, jetzt spricht Rudolf Freisler nach 14-stündigem Prozess sein Urteil gegen weitere Mitglieder und Unterstützer der „Weißen Rose": Professor Kurt Huber, Alexander Schmorell und Willi Graf werden zum Tode verurteilt, ein Angeklagter wird freigesprochen, zehn weitere erhalten Haftstrafen. Unter ihnen befinden sich eine ehemalige Schülerin sowie drei Schüler aus derselben Klasse des (humanistischen) Gymnasiums in Ulm:

▼ **Hans Hirzel** (1924–2006): fünf Jahre Gefängnis.

▼ **Franz Müller** (Jahrgang 1924): fünf Jahre Gefängnis.
Sie werden verurteilt wegen Feindbegünstigung, Hochverrat und Wehrkraftzersetzung: Sie haben etwa 2.000 Exemplare des fünften Flugblatts der „Weißen Rose", die Sophie Scholl per Rucksack nach Ulm gebracht hatte, kuvertiert, frankiert, adressiert und in Umlauf gebracht.

▼ **Heiner Guter** (Jahrgang 1925): 18 Monate Gefängnis.
Er hat von der Flugblattaktion gewusst, sie aber nicht angezeigt.

▼ **Susanne Hirzel** (1921–2012), Abitur 1940: sechs Monate Gefängnis wegen Beihilfe zum Hochverrat: Sie hat Anfang 1943 das kuvertierte fünfte Flugblatt der „Weißen Rose" in Stuttgarter Briefkästen geworfen.

Bei der „Urteilsbegründung" gegen die vier zeigt Freisler sich unerwartet ratlos: „Dem Volksgerichtshof fällt auf, dass aus einer Schule/Klasse drei Schüler in dieser Sache erscheinen und noch weitere erwähnt wurden! Da muss etwas nicht stimmen, was am Geiste dieser Klasse liegt und was der Senat nicht allein diesen Jungen zur Last legen kann. Man schämt sich, dass es »

» eine solche Klasse eines deutschen humanistischen Gymnasiums gibt! Den Gründen hierfür im Einzelnen nachzugehen ist aber nicht Aufgabe des Volksgerichtshofes."

Was Freisler nicht weiß: In der Klasse der drei gibt es zwei weitere Schüler, die sich Hitler aktiv entgegenstellen:

▼ **Heinz Brenner** (1924–2008) hat ab Herbst 1941 Briefe des Münsteraner Bischofs von Galen gegen die „Euthanasie" vervielfältigt und sie, getarnt durch seine HJ-Uniform, hauptsächlich in Stuttgarter Briefkästen eingeworfen. Dabei hat ihn sein Freund und Klassenkamerad Walter Hetzel (Jahrgang 1924) unterstützt.

Wie wichtig war die Schule?

Welche Bedeutung hat das Gymnasium für die Entwicklung seiner Schüler(in) gehabt? Seit 70 Jahren ist Freislers Frage unbeantwortet – auch weil das Humboldt-Gymnasium Ulm sich lange seinen verdienstvollsten Schülern gegenüber völlig gleichgültig gezeigt hat.

Eine Insel inmitten der Barbarei? (1933)

Am 30. Januar 1933 wird Adolf Hitler Reichskanzler, am 8. März wird das Land Württemberg „gleichgeschaltet". Sogleich gehen die Nazis daran, sich auch die Schulen zu unterwerfen. Am 18. März finden an allen württembergischen Schulen Feiern zu Ehren der „nationalen Erhebung" statt. Am 23. März verbietet Kultusminister Christian Mergenthaler alle linken und pazifistischen Schüler- und Studentenvereinigungen; dafür wird den „nationalen Verbänden" (darunter der SA) die Betätigung in den Schulen und die Benutzung von Schulräumen gestattet. Am 5. Mai wird der Teil des Lehrplans, der die Weimarer Verfassung betrifft, ersatzlos gestrichen; Verfassungstexte dürfen nicht mehr an Schüler ausgeteilt werden. Am 24. Juli wird der Hitlergruß zur Pflicht: Alle Schülerinnen und Schüler müssen „zu Beginn und Schluss des Unterrichts sowie beim Wechsel der Lehrer zu Beginn und Schluss der einzelnen Schulstunden ihre Lehrer und Lehrerinnen durch Aufstehen und Erheben des rechten Armes grüßen. Die Lehrerinnen und Lehrer erwidern den Hitlergruß".

Foto: Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e.V.

Max Hofmann (zweiter von rechts) auf einem Foto aus dem April 1933. Der „Hauptschriftleiter" der NS-Zeitung „Ulmer Sturm" übernahm 1941 die Leitung des humanistischen Gymnasiums.

Quelle: Humboldt-Gymnasium Ulm

Abitur unter dem Hakenkreuz. Der Abijahrgang 1938 des humanistischen Gymnasiums Ulm. Schulleiter Walther Sontheimer und ein weiterer Lehrer tragen auf dem Foto das NSDAP-Parteiabzeichen.

Mitte Dezember wird der Kasernenhofton („Augen gerade-aus! Deckung ausbessern!") im Sportunterricht offiziell eingeführt.

Das sind ab jetzt die verpflichtenden Vorgaben. Wie willig werden sie am humanistischen Gymnasium Ulm umgesetzt?

Das Ulmer Gymnasium ist zu Beginn der NS-Herrschaft eine Hochburg klassisch-humanistischer Bildung, andererseits ist Ulm schon vor 1933 eine „Hochburg der Bewegung" gewesen: Bei den Reichstagswahlen im September 1930 hatte die NSDAP in Württemberg 9,4 Prozent bekommen – in Ulm waren es 22,2 Prozent.

Kollegium im Dornröschenschlaf? (1933–1940)

Zu Beginn der NS-Herrschaft ist das Kollegium des Ulmer Gymnasiums insgesamt gesehen konservativ-nationalistisch, dabei aber erstaunlich naziresistent: Von den 16 ständigen Lehrern sind zumindest sechs NS-kritisch eingestellt, nur einer ist ausgewiesener Nationalsozialist.

Noch 1936 kann oder muss Schulleiter Walther Sontheimer seiner vorgesetzten Behörde melden: Außer ihm und Zeichenlehrer Richard Aich gehört niemand der NSDAP an. Das wird sich im kommenden Jahr ändern, nämlich als die NSDAP die am 1. Mai 1933 wegen des Massenandrangs eingeführte Beitrittssperre aufhebt: Mit einem Schlag zählt das Kollegium sechs weitere Parteimitglieder.

Die Gründe für den Parteieintritt sind unterschiedlich. Sie reichen von (partieller) Zustimmung zur Hitlerpartei über lutherisches Staatsverständnis bis zu Opportunismus beziehungsweise Nachgeben aus Angst um die berufliche Existenz.

Dennoch, durchgängig nazifiziert ist das Kollegium auch zu Kriegsbeginn nicht. Vielleicht verdankt die Schule ihre Restautonomie dem Umstand, dass die Gymnasiallehrer wegen ihrer traditionell konservativ-nationalistischen Ausrichtung von der Partei nicht besonders misstrauisch beäugt werden, zumal deren Rektor im „großen Kriege" Oberleutnant und dekorierter Frontkämpfer war und bis 1933 offenbar die lokale DNVP geleitet hatte. Möglicherweise mäßigt sich die örtliche NSDAP auch, weil das Gymnasium sowieso eine aussterbende Spezies ist.

Foto: Privat

Schülerinnen und Schüler des Humboldt-Gymnasiums während der szenischen Lesung „Ulmer Schülergruppe vor dem Volksgerichtshof“

Überwintern unter Hofmann (1941 – 1945)

Falls sich das Kollegium bis Kriegsbeginn je im „Dornröschenschlaf“ (Lehrer Alfred Hauser 1946) befunden haben sollte, wird er danach auf jeden Fall jäh beendet: 1939 wird der „weltanschauliche Unterricht“ als Konkurrenz zum Religionsunterricht eingeführt; im Januar 1940 sind zwölf der 17 Lehrer eingezogen (und werden durch Nebenlehrer sowie – erstmals – Frauen ersetzt), die Kontinuität im Kollegium zerbröselt; 1941 wird Dr. Max Hofmann neuer Schulleiter. Er ist der Erste in der Geschichte des Gymnasiums, der kein Altphilologe ist. Was ihn dafür auszeichnet: Er ist bereits 1931 in die NSDAP eingetreten (Mitgliedsnummer 815039).

Mit dem neuen Schulleiter (genannt „der Kapo“) zieht ein neuer Geist in die Schule ein: Vor Unterrichtsbeginn müssen seine Klassen vor dem Klassenzimmer militärisch antreten und grüßen, natürlich übernimmt er auch den „weltanschaulichen Unterricht“. Gleichzeitig mit Hofmann ist Geschichtslehrerin Dr. Margarete Teufel an die Schule gekommen, und die ergeht sich in antikirchlichen Tiraden.

Die Nichtnazis unter den Lehrern zeigen deutlich, was sie vom neuen Schulleiter und seiner Entourage halten: Sie verlegen „ihr“ Lehrerzimmer in den Physikraum von Studienrat Karl Neuffer unterm Dach.

Verschobene Koordinaten

Der Unterricht auch der „Anti-Hofmann-Lehrer“ ist, wie vor 1933, immer noch konservativ-nationalistisch. Aber die äußeren Koordinaten haben sich fundamental verschoben. Was vor 1933 republikkritisch war, kann jetzt dissonant, sogar subversiv nazikritisch wirken: Alois Wild „hat uns Manches doch beigebracht, ich kann nicht anders sagen, humanitäre Werte und Vorstellungen. Ich kann es schlecht ausdrücken, es hat uns irgendwie geprägt“ (Walter Hetzel).

Was auf ihre NS-resistenten Lehrer zutrifft, gilt auch für die widerständigen Schüler: Sie wissen, was sie nicht wollen – Krieg, Missachtung alles Menschlichen bis in die Schule hinein, Brutalität und Geistlosigkeit. Um dies zu bekämpfen, ist ihnen fast kein Risiko zu groß. Aber was soll an dessen Stelle treten? Davon haben die fünf allenfalls nebulöse Vorstellungen. Und dann gehen sie, wie beim gesamten konservativen Widerstand, eher in Richtung eines autoritären Staates; verständlich, denn der Begriff „Demokratie“ ist ihnen bisher fast nie in positivem Zusammenhang begegnet.

An Hofmann aufgebaut

Natürlich betreiben die nationalsozialistischen Lehrer an der Schule NS-Unterricht, allen voran Schulleiter Dr. Max Hofmann (Französisch und weltanschaulicher Unterricht in der Klasse der widerständigen Schüler) und Dr. Margarete Teufel (dort Geschichtsunterricht). Sie tragen vermutlich mindestens ebenso viel zur Herausbildung der Widerständigkeit bei wie die aufrechten Lehrer: „Hofmann war ein Vollnazi, also der ist rausgerückt mit seiner Einstellung und Weltanschauung und hat versucht uns massiv zu beeinflussen. (…) Hofmann und Teufel, daraus wuchs bei uns die Opposition.“ (Walter Hetzel)

Dass Abgrenzung gegenüber Autoritäten für die Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen enorm wichtig ist, weiß die Erziehungswissenschaft schon lange. In diesem Sinne liefern auch Dr. Max Hofmann und Dr. Margarete Teufel – Ironie der Geschichte – ihren nahezu unverzichtbaren Beitrag zum Jugendwiderstand gegen die Nazis am Ulmer Gymnasium. Das soll den Anteil der anständigen Lehrer keineswegs schmälern.

Gegengift im Kaufmannsheim

Am stärksten sensibilisiert und aktiviert hat die widerständigen Jugendlichen ihr religiös geprägtes Gewissen. Hans und Susanne Hirzel wuchsen in einem Pfarrhaus auf (Vater Hirzel gehörte der Bekennenden Kirche an), die vier anderen – Heinz Brenner, Heiner Guter, Walter Hetzel, Franz Müller – waren überzeugte Katholiken. Die wichtigste Bezugsperson für sie war Adolf Eisele (1905 bis1978), Pater des Missionsordens der „Weißen Väter“: Er erteilte im Kaufmannsheim in der Glöcklerstraße freiwilligen Religionsunterricht (der reguläre in Schulräumen war 1941 verboten worden).

Eisele diskutierte dort mit den Jugendlichen für die NS-Zeit kritische Texte, zum Beispiel Thomas von Aquin; vor allem beeindruckte er durch seine Persönlichkeit, seine Entschiedenheit und seinen Mut: „Mitten in den Siegen bekamen wir von Eisele das Gegengift verabreicht“ (Franz Müller). „Aus dieser religiösen Einstellung heraus ist unsere Distanz zu dem damaligen System erwachsen“ (Walter Hetzel).

Das Ulmer Gymnasium hat für die Entwicklung der widerständigen Gruppe nicht die entscheidende, aber zweifellos eine wichtige Rolle gespielt. Schön, dass es sich immerhin seit diesem Jahr zu seinen verdienstvollsten Schülern bekennt. ■

Michael Kuckenburg absolvierte 1966 das Abitur am Humboldt-Gymnasium Ulm, war 1974 bis 2012 Lehrer am Goldberg-Gymnasium Sindelfingen, verfasste zusammen mit Schülern mehrere lokalgeschichtliche Arbeiten vor allem zur NS-Zeit, erarbeitete als Autor über die „Ulmer Schülergruppe vor dem Volksgerichtshof“ eine Szenische Lesung, die bei ihm kostenlos abgefragt werden kann unter Email: *Kuschtue@kabelbw.de*.

Gedenken am 20. Juli

Am Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Adolf Hitler fanden in Berlin im Bendlerblock und in der Gedenkstätte Plötzensee Gedenkfeiern statt.

Für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nahm der Vorsitzende Wolfgang Tiefensee am Totengedenken teil und legte einen Kranz der Vereinigung nieder. Bereits am 19. Juli wurde in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand die Ausstellung „'Warum schweigt die Welt?!' Häftlinge im Berliner Konzentrationslager Columbia-Haus 1933 bis 1936" eröffnet.

Die von Karoline Georg, Kurt Schilde und Johannes Tuchel kuratierte Ausstellung zeigt das Gestapo-Gefängnis und Konzentrationslager Columbia-Haus als zentrales Instrument der frühen politischen Verfolgung in Berlin. Das in einer ehemaligen Militär-Arrestanstalt am Tempelhofer Feld errichtete Lager war das einzige in Berlin, das von Beginn an unter Aufsicht der SS stand und zum Ausbildungszentrum für viele spätere KZ-Kommandanten wurde. Hier wurde vom Sommer 1933 bis November 1936 Terror gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Juden, Geistliche, Andersdenkende und Homosexuelle ausgeübt.

Foto: Michael Parak

Die Tatsache, dass es mitten in Berlin zwischen 1933 und 1936 ein nationalsozialistisches Konzentrationslager gab, in dem mehr als 8.000 Menschen inhaftiert waren, wurde über Jahrzehnte hinweg vergessen und erst in den 1990er Jahren wahrgenommen. Erst mit der Diskussion um das Gelände des ehemaligen Tempelhofer Feldes geriet das Columbia-Haus wieder mehr in den Fokus der Diskussion.

Die Ausstellung wird bis zum 11. Oktober 2013 in der 1. Etage der Gedenkstätte Deutscher Widerstand gezeigt. Zwischen dem 22. Juli 2013 und Juli 2014 gestaltet die Gedenkstätte Deutscher Widerstand ihre Dauerausstellung neu. Die Mittel dafür stellen der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin zur Verfügung.

Die Gedenkstätte bleibt während der gesamten Neugestaltung geöffnet. Neben der Wechselausstellung in der 1. Etage sind in der 3. Etage mehrere Ausstellungen zum „Widerstand gegen den Nationalsozialismus" zu sehen. ■

Legte für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. einen Kranz nieder: Vorsitzender Wolfgang Tiefensee.

Online-Beratung gegen Rechtsextremismus vorgestellt

Der Leiter der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Martin Ziegenhagen, berichtete auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit jugendschutz.net und der Bundeszentrale für politische Bildung am 9. Juli in Berlin über die Beratungsarbeit.

So erreichten die Einrichtung im vergangenen Jahr vermehrt Anfragen, in denen es um Probleme mit rechtsextremen Eltern ging, zum Beispiel in Schulen und Kindergärten oder in der Nachbarschaft. Ziegenhagen rief Kommunen, die Öffentlichkeit und auch den Gesetzgeber auf, die Frage des Umgangs mit rechtsextremen Eltern und deren Kindern vermehrt auf die Tagesordnung zu setzen.

Foto: Michael Parak

Lisa Laux und Kim Frederik Sandleben

Diktatur erinnern – Demokratie gestalten

Fraport-Azubis reisen für eine Woche zu historisch-politischem Seminar nach Berlin

Zum 16. Mal traten knapp 50 Azubis und duale Studenten des ersten Ausbildungsjahres der Fraport AG auch in diesem Jahr die Reise nach Berlin an. Traditionell nahmen sie Mitte Juli am einwöchigen Seminar „Diktatur erinnern – Demokratie gestalten" teil, welches zum zweiten Mal von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. veranstaltet wurde. Unter der fachkundigen Leitung des Berlin-Brandenburger RAG-Sprechers von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Dr. Benno Fischer, und gemeinsam mit Klaus Müller, dem Koordinator der Sektion Südhessen der Vereinigung, erlebten die Auszubildenden ein abwechslungsreiches und informatives Programm, das sich mit der deutschen Geschichte und der Politik in Vergangenheit und Gegenwart beschäftigte.

Luftverkehrskaufleute, Mechatroniker, Bauzeichner, Kaufleute für Bürokommunikation, Luftverkehrsmanager und Wirtschaftsinformatiker – die Gruppe setzte sich aus den unterschiedlichsten sowohl technischen als auch kaufmännischen Ausbildungsberufen der Fraport AG zusammen. Sie erlebte eine Reise durch die bewegte deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts und erlangte Einblicke in die politische Gegenwart der Hauptstadt Berlin. Nicht ohne Grund fand das Seminar in dieser geschichtsträchtigen Metropole statt, die sowohl für die NS-Diktatur als auch für das DDR-Regime zentrale Wirkungsstätte war und heute wieder das politische Zentrum Deutschlands ist.

Auf den Spuren des Dritten Reichs und dessen Relikten führte es die Gruppe in den Berliner Stadtteil Schöneweide. Ein Teil der damaligen Zwangsarbeiterunterkünfte ist dort als Mahnmal erhalten geblieben und dient heute als Dokumentations- und Begegnungszentrum. Fotografien, Dokumente, Objekte und Räumlichkeiten zeigen den Alltag der zur Arbeit nach Deutschland verschleppten ost- und südeuropäischen Männer, Frauen und Kinder. Unter teilweise lebensunwürdigen Bedingungen war fast jeder vierte Beschäftigte im Deutschen Reich ein Zwangsarbeiter des NS-Regimes. Besonders lebendig veranschaulichte Herr Gerhardt, Referent des Zentrums, die täglichen Herausforderungen der Lagerbewohner anhand von kleinen Anekdoten, die der Gruppe vor der historischen Kulisse ein authentisches Bild der Lagerzustände und des damaligen Stadtbildes vermittelten.

Im Zentrum Berlins gewannen die Seminarteilnehmer bei einem Besuch des Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors" weitere Einblicke in die deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1945. In Teilgruppen befassten sich die Auszubildenden mit der historischen Aufarbeitung der NS-Zeit aus Sicht von Tätern, Opfern und Zuschauern. Einen besonderen Schwerpunkt setzte der Seminarleiter auf den Umgang mit den Entscheidungsträgern der Diktatur und deren Schicksal nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen waren Grundlage für eine angeregte Diskussion über Schuld und Verantwortung der NS-Funktionäre sowie deren Rolle nach 1945. »

Auf den Stufen des Reichstages: Die Fraport-Azubis auf politischer Bildungsreise in Berlin.

Foto: Fraport AG

» In einem anschließenden Gespräch mit Martin Ziegenhagen, wissenschaftlicher Referent in der Berliner Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., wurde das Thema Rechtsextremismus in der Gegenwart weiter thematisiert. Anschaulich und nachvollziehbar erläuterte Herr Ziegenhagen seine Arbeit als Onlineberater gegen Rechtsextremismus. Aber auch die Themen NPD-Verbot sowie Rechtsextremismus in der Familie wurden diskutiert.

Der nationalsozialistische Terror sollte nicht die einzige Diktatur in der jüngeren deutschen Geschichte bleiben. In der Gedenkstätte des ehemaligen Staatssicherheitsgefängnisses Hohenschönhausen erlebte die Gruppe Geschichte „zum Anfassen". In dieser Haftanstalt waren zwischen 1951 und 1989 politische Gefangene des sozialistischen DDR-Regimes inhaftiert. Oftmals wurden sie unter physischer und psychischer Folter zu Geständnissen gezwungen. Geführt wurde die Gruppe von einem Zeitzeugen, der selbst mehrere Jahre in einer Einzelzelle verbringen musste. Noch heute ist die bedrückende und beengende Atmosphäre, die von diesem Ort ausgeht, deutlich in den Gängen, Zellen und dem Keller zu spüren.

Eines der Ziele der Fraport AG war es, ihre jungen Mitarbeiter politisch zu sensibilisieren. Beide deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts waren mit ihren menschenverachtenden Systemen zum Scheitern verurteilt und zerbrachen nicht zuletzt am Widerstand weniger mutiger Bürger. Umso wichtiger war die Erkenntnis der Auszubildenden, dass die junge Demokratie der Bundesrepublik nur durch aktive Teilnahme aller Gesellschaftsmitglieder bestehen bleiben und sich weiterentwickeln kann.

Über politisches Engagement in der deutschen parlamentarischen Demokratie konnte sich die Gruppe mit dem CDU-Politiker Michael Braun, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, austauschen. In einer offenen Runde sprach er über eine lebendige Teilnahme am parteipolitischen Geschehen sowie den Mangel an Partizipation und das politische Desinteresse bei vielen Jugendlichen.

Desinteresse jedoch zeigten die Fraport-Azubis keinesfalls. Im Gegenteil – in weiteren Gesprächen und Workshops rund um aktuelle politische Fragen bewiesen die Teilnehmer, dass sie sowohl analysierend als auch reflektierend an bekannte und unbekannte Sachverhalte herangehen konnten und ihre eigenen Ideen und Meinungen mit einfließen ließen. So entstanden beispielsweise kreative und unterhaltsame Präsentationen zum Themenkomplex Europa, die Informationen über Abläufe und Entscheidungen in der EU kompakt vermitteln und Mitgestaltungsmöglichkeiten aufzeigen sollten. Geleitet wurde das Seminar von Mitarbeitern der „Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa", die sich für die Förderung der Entwicklung junger Menschen zu politisch verantwortungsbereiten Persönlichkeiten einsetzt. Besonders freute es die Azubis, dass auch Silke Niehaus, Leiterin der Personalabteilung, und Wolfgang Haas, Leiter der Berufsbildung, als besondere Gäste die Präsentation der erarbeiteten Ergebnisse in den Kleingruppen verfolgten und die gesamte Gruppe für ihre Teilnahme an der Seminarwoche und ihr Engagement zu politischer Gestaltung lobten.

Foto: Fraport AG

Stand auch auf dem Besuchsprogramm der Fraport-Azubis: Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen auf dem Gelände der früheren zentralen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit.

Über die europäischen Grenzen hinaus war die Informations- und Gesprächsrunde im Auswärtigen Amt ausgerichtet. Sie beschäftigte sich nicht nur mit dessen Arbeitsweise und Aufgaben, sondern ging auch auf die aktuelle Syrienkrise und den Reformationsbedarf innerhalb der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates ein.

Gegen Ende der Seminarwoche hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereits viele historisch und politisch bedeutsame Wirkungsstätten der Bundeshauptstadt kennengelernt. Neben den schon beschriebenen Aktivitäten blieb immer wieder Raum für eigenständige Erkundungstouren durch die Stadt, unter anderem zum Brandenburger Tor, zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas, zum Bundestag und zur Reichstagskuppel. Zur Abrundung der gelungenen und lehrreichen Woche hatten die Auszubildenden mit Dr. Anna Hochreuter, Leiterin der politischen Koordination der Berliner Senatskanzlei, die Möglichkeit, Berlin unter einem weiteren Gesichtspunkt zu beleuchten: Als eine multikulturelle Metropole im Wandel, die sich in Zukunft großen Herausforderungen stellen muss.

Die abschließende Evaluationsrunde des Berlin-Seminars fiel durchweg positiv aus. Die Auszubildenden lobten das große Engagement des Seminarleiters Dr. Benno Fischer und seines Kollegen Klaus Müller, Koordinator der Sektion Südhessen, die das Programm mit ihrem fundierten und breiten Wissen bereicherten. Auch die für die einzelnen Programmpunkte ausgewählten Dozenten konnten die behandelten Themen authentisch und interessant vermitteln.

Ein großer Dank gilt ebenfalls der Fraport AG, die das Seminar jedes Jahr finanziell unterstützt und somit den Eigenbeitrag der Auszubildenden zum Programm auf einen geringen Betrag begrenzt. Des Weiteren ein dankendes Lob auch an die Ausbildungsverantwortlichen Birgit Höfling (PSL-PB1), Rolf Eisenberg (PSL-PB2) und Horst Liebchen (PSL-PB2), die das Seminar und die Teilnehmer organisatorisch begleiteten. ■

Foto: Fraport AG

Lisa Laux und Kim Frederik Sandleben studieren Luftverkehrsmanagement und nahmen am Seminar „Diktatur erinnern – Demokratie gestalten" teil.

RAG Berlin-Brandenburg

Benno Fischer

Rechtsextremismus in Berlin

Im vergangenen Jahr hatten die RAG Berlin-Brandenburg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und die Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu der gut besuchten Veranstaltung „Rechtsextremismus in Berlin: Erkenntnisse und Schlussfolgerungen nach NSU-Morden und Staatsversagen" eingeladen. Die Referentin war die (damalige) Leiterin des Verfassungsschutzes Berlin, Claudia Schmid. Am 3. Juni dieses Jahres luden die RAG und die Topographie des Terrors zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel ein: „Rassistische Morde – Staatliches Versagen – Verlorenes Vertrauen: Der Skandal um den NSU-Terror." Das Interesse war noch einmal deutlich gesteigert.

Sicherlich war das auch dem hochkarätig besetzten Podium geschuldet. Unter der kompetenten und ruhigen Moderation des Berliner Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Hajo Funke diskutierten Prof. Barbara John (CDU), Ombudsfrau der Bundesregierung für die Hinterbliebenen der NSU-Opfer, Dr. Eva Högl, Obfrau der SPD im Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe NSU" des Deutschen Bundestages, Martina Renner, MdL (Die Linke) und Stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln" des Thüringischen Landtags, und Rechtsanwalt Dr. Mehmet Daimagüler, der als Nebenkläger Angehörige der Opfer der NSU-Terrorzelle vertritt.

Barbara John und Mehmet Daimagüler stellten vor allem die Erinnerung an die Opfer dieser rechtsterroristischen Mordserie und die Sicht und die Erlebnisse der Opferfamilien heraus. Die Namen der Täter, so Barbara John, kenne jeder, die Namen der Opfer seien bis heute weitgehend unbekannt. Mehmet Daimagüler konnte als Nebenkläger von Opferfamilien auf den ebenso beschämenden wie auch skandalösen Umgang der Behörden und der Polizei mit Familienangehörigen der Mordopfer verweisen. Wie sehr hier Stereotype und Vorurteile im behördlichen Denken Selbstzweifel bis hin zu Selbstbezichtigungen bei Angehörigen hervorrufen konnten, die erst mit dem Bekanntwerden der Täter und dem Beginn des Prozesses wichen, belegten beider Ausführungen. Frau John verwies denn auch auf ihre anfänglichen Bedenken, das Amt der Ombudsfrau zu übernehmen, weil sie für sich keine wesentlichen Handlungsoptionen meinte erkennen zu können. Angesichts besagter Berichte und Erfahrungen von Familienangehörigen hätten sich ihre Zweifel aber als völlig obsolet erwiesen.

Eva Högl und Martina Renner berichteten über das Versagen der Polizei, der Verfassungsschutzämter (deren Existenzberechtigung in der anschließenden Diskussion thematisiert wurde), »

Foto: Jürgen Kramer

Mit großem Interesse verfolgte das Publikum im vollbesetzen Veranstaltungsraum der Topographie des Terrors die Podiumsdiskussion.

» der Justiz auf Landes- und Bundesebene sowie auch der Politik. Martina Renners konzise, aber auch einfühlsame Darstellung vor allem der Arbeit des Thüringischen Verfassungsschutzes hinterließ im Auditorium erkenn- und hörbare Verständnislosigkeit.

In diesem erschreckenden Szenario des Versagens gegenüber einer rassistischen, rechtsextrem-mörderischen Terrorgruppe erzählte Eva Högl allerdings auch etwas Positives. Gemeint ist der elfköpfige Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, der nach Auffassung von Frau Högl (und mit Zustimmung auf dem Podium) auf überparteilich überzeugende Art mit seiner detaillierten und stets rückhaltlos um Aufklärung bemühten Untersuchungstätigkeit dem demokratischen Rechtsstaat und der parlamentarischen Demokratie Zustimmung und Vertrauen verschaffte.

Diese Feststellung kann und darf allerdings nicht beruhigen. Denn in einem Punkte stimmten alle Diskutanten in ihrem Abschlussstatement noch einmal überein, ohne die repräsentative demokratische Politik aus der Verantwortung entlassen zu wollen: Entscheidend ist und bleibt das Verhalten der Zivilgesellschaft. Ob am Stammtisch, im Freundeskreis oder auch in der Familie: Es gilt gegen rassistische, antipluralistische, menschenverachtende und ausgrenzende Positionen Stellung zu beziehen. ■

Foto: Jürgen Kramer

Auf dem Podium (v.l.n.r.): Dr. Mehmet Daimagüler, Martina Renner MdL, Moderator Prof. Dr. Hajo Funke, Dr. Eva Högl und Prof. Barbara John.

Dr. Benno Fischer ist Sprecher der RAG Berlin-Brandenburg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

RAG Rhein-Ruhr West

Gleich mehrere Artikel erschienen in der Presse über das Europafest, das u.a. von der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr West organisiert wurde. Wir drucken zwei Artikel, einen aus der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) vom 10. Mai 2013 und einen aus der Rheinischen Post vom 13. Mai 2013, die sich in der Darstellung ergänzen. Wir danken Autoren und Verlagen für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

Ingo Hoddick

Das neue Europa gebührend gefeiert

In der Pauluskirche gab es ein Fest zum Europatag. Mit Reden, Musik und Bewirtung hielt der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie den Europagedanken hoch. Altoberbürgermeister Josef Krings sprach über Städtepartnerschaft.

Die Fahnen der 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union hingen von der Empore, es gab holländischen Käse, deutsche Wurst, tschechisches Bier und griechischen Wein: Zwei Tage nach dem Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs und einen Tag nach dem Europatag (Jahrestag der Gründung der heutigen EU) stieg in der Hochfelder Pauluskirche ein gebührendes Fest. Eingeladen hatte Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. (RAG Rhein-Ruhr West). Die Kooperationspartner waren die Deutsch-Französische Gesellschaft Duisburg e.V., die Deutsch-Italienische Gesellschaft Duisburg e.V., die Deutsch-Britische Gesellschaft Duisburg e.V., die Europa Union Deutschland (Kreisverband Duisburg-Mülheim-Niederrhein), die „Freunde der Friedensorgel Sant'Anna di Stazzema", die Griechische Gemeinde Duisburg e.V., die Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB) Duisburg, die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) und die Evangelische Gemeinde Duisburg-Hochfeld. Die Moderatoren waren die Duisburger Landtagsabgeordnete Dr. Birgit Beisheim und Wolfgang Schwarzer von der Deutsch-Französischen Gesellschaft. Der Europagedanke wurde hochgehalten an diesem Abend, und es gab auch beeindruckende Beispiele. Etwa als die Initiative „Freunde der Friedensorgel Sant'Anna di Stazzema" näher vorgestellt wurde. 1944 richtete die SS in dem kleinen toskanischen Dorf ein Massaker an mit 560 Toten. Die Orgel der Kirche wurde dabei zerschossen, denn es hätten sich ja noch Menschen darin verbergen können. 60 Jahre später konnte mit deutscher Hilfe dort wieder eine Orgel eingeweiht werden. Schirmherren sind seitdem der jeweilige deutsche Bundespräsident und der italienische Staatspräsident. Erst kürzlich besuchten Joachim Gauck (übrigens einst Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie) und Giorgio Napolitano (einst selbst im italienischen Widerstand) gemeinsam den Ort. Und damit die Friedensorgel nicht nur ein „Staubfänger" ist, finden

dort jetzt jeden Sommer Orgelkonzerte statt. Oder als Altoberbürgermeister Josef Krings sich erinnerte, wie sein Vorgänger August Seeling ihm erzählte, dass der britische Stadtkommandant Hutchinson ihm schon wenige Jahre nach Kriegsende eine Städtepartnerschaft mit Portsmouth anbot – obwohl oder gerade weil die Häfen der beiden Städte im Krieg gegenseitig zerbombt worden waren: „August Seeling hatte dabei Tränen der Rührung in den Augen, und das kam selten vor." Es wurden aber auch die Schattenseiten nicht verschwiegen, so die noch zu lösenden Probleme mit der Zuwanderung, die ja gerade in diesem Stadtteil besonders zu Tage treten. Und der Duisburger Bundestagsabgeordnete Johannes Pflug polemisierte in seiner Festrede „Europa in der Bewährungsprobe" gegen Euro-Gegner, die er mit Gegnern des Sozialstaats gleichsetzte. Das seien doch meistens Wirtschaftsprofessoren, so Pflug, die sollten doch eigentlich wissen, dass nur eine gemeinsame europäische Währung und Wirtschaft gegen China und Indien als die Gewinner der Globalisierung mithalten könne. ■

Oliver Kühn

Bewährungsprobe für Europa

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. feierte die europäische Gemeinschaft in der Hochfelder Pauluskirche mit Vorträgen und Musik

Foto: Tania Pickartz

Bereits vor dem offiziellen Beginn hatten sich viele Gäste in der Pauluskirche eingefunden. Einige diskutierten schon angeregt.

Der Musiker ist eine Ein-Mann-Band, er zupft lässig die Saiten seiner Gitarre und spielt dabei die Mundharmonika. „Horch, was kommt von draußen rein", singt der ursprünglich aus Togo stammende Joe Kiki – und das Publikum singt vergnügt und lauthals mit, manche schunkeln sogar. Mühelos wechselt Kiki die Sprache, auch englische und französische Lieder gehören zu seinem Repertoire. Außerdem singt der Sänger und Gitarrist Walter Weitz wie selbstverständlich ein russisches Volkslied und übersetzt es in viele andere Sprachen, darunter in Englisch („Those Where the Days"). Die rund 80 Zuhörer hätten es nicht anders gewollt, denn sie feierten Europa.

Sie alle waren nach Hochfeld in die Pauluskirche gekommen, deren Balustrade mit den Flaggen der EU-Staaten geschmückt war, um anlässlich des Europatages auf die europäische Gemeinschaft anzustoßen. Zur Party gehörten jedoch nicht nur heitere Lieder, sondern auch einige Vorträge,. Der wichtigste trug den Titel „Europa in der Bewährungsprobe" und stammte von dem Bundestagsabgeordneten Johannes Pflug, für den, wie er sagte, die Unterzeichnung des Élysée-Vertrages eine der wichtigsten außenpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit ist. Als Leitsatz seines inhaltsschweren Referats galt: „Ich bin ein bekennender Europäer." Dies sei heutzutage längst keine Selbstverständlichkeit mehr, denn viele Vorteile der europäischen Gemeinschaft würden von vielen gar nicht mehr als solche wahrgenommen. Stattdessen würden sich die Staaten immer mehr entsolidarisieren, besonders wenn es um Flüchtlingsströme ginge.

Kampf ums Gesellschaftskonzept

Den Euro aufzugeben, sei außerdem eine Gefahr, zumal China und Indien in einigen Jahren eine deutlich stärkere Wirtschaftsposition besitzen würden als heute. Dann hätten einzelstaatliche Währungen keine Chance. Der Kampf um den Euro „ist nicht der letzte Kampf um das europäische Gesellschaftskonzept, aber hoffentlich das Ende des Neoliberalismus."

Und Altoberbürgermeister Josef Krings, der etliche Anekdoten mit den Gästen teilte, appellierte: „Europa ist etwas, für das man glühen muss! Europa gibt Antworten." Beide Sozialdemokraten lobten ausdrücklich, dass die Organisatoren der Europafeier – der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie sowie etliche Kooperationspartner – das ethnisch besonders vielfältige Hochfeld als Austragungsort der Euro-Party ausgewählt hatten. „Europa ist inzwischen oft ein Reizthema, wir wollen heute aber nicht über die Krise sprechen, sondern der europäischen Gemeinschaft ein Gesicht geben", sagte Mitorganisator und Moderator Wolfgang Schwarzer. ■

RAG Rhein-Main, Sektion Südhessen

Klaus Müller

Rechtsradikalismus – eine aktuelle Gefahr für Jugendliche?

Das diesjährige Jahresseminar der Sektion Südhessen fand am 7. Juni in Mainz statt und wurde von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung finanziell unterstützt. Im Anschluss an eine außerordentlich lehrreiche Führung durch die neue Mainzer Synagoge, wofür uns die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Stella Schindler-Siegreich, zur Verfügung stand, begann das Seminar „Rechtsradikalismus – eine Gefahr für Jugendliche heute?". Referenten waren Dr. Ann-Christin Focke vom hessischen Landesamt für Verfassungsschutz und Dr. Reiner Becker, Landeskoordinator des „beratungsNetzwerks hessen. Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus" der Philipps-Universität Marburg.

Foto: Reinhild Kleinlein

Dr. Reiner Becker erläuterte die „Erlebniswelt Rechtsextremismus" und gab einen Einblick in die Arbeit des „beratungsNetzwerks hessen".

Das Thema für das diesjährige Seminar war gewählt worden, um sich einen Überblick über rechtsradikale Aktivitäten in Hessen zu verschaffen und um die Frage zu beantworten, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang von einer aktuellen Gefährdung Jugendlicher in Hessen ausgegangen werden muss. Anlässe, sich damit auseinanderzusetzen, gab und gibt es in Hessen genug. So berichtet die Presse immer wieder von Treffen Jugendlicher aus dem rechtsradikalen Milieu in verschiedenen Teilen Hessens – mit unterschiedlichen Zielsetzungen (Internationales Skinhead-Treffen Ende Januar 2013 in Fürth im Odenwald, Demonstrationen, rechte Partys und Konzerte etc.). Manchmal wird vor solchen Treffen auch rechtzeitig öffentlich gewarnt, sodass es Gegendemonstrationen gibt – wie beispielsweise in Allendorf im Lumdatal bei Gießen, wo sich unter dem Motto „Das Lumdatal denkt national" im Laufe der Jahre eine Kameradschaft „Freie Nationalisten Lumdatal" entwickelt hatte. Durch eine rechtzeitige öffentliche Bekanntmachung und die Schaffung einer großen Gegenöffentlichkeit konnte hier am 25. Mai eine von der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" angemeldete Demonstration verhindert werden.

Im Zusammenhang mit diesen und ähnlichen Aktivitäten hatten wir uns unter anderem diese Fragen gestellt:
Wie verbreitet sind solche Aktivitäten in Hessen?
Was weiß man über die Zahl der Aktivisten und der Mitläufer?
Welche organisatorischen Zusammenschlüsse gibt es überhaupt und wie unterscheiden sie sich voneinander?

NPD im Niedergang

In ihrem Vortrag stellte Dr. Ann-Christin Focke die diesbezüglichen Erkenntnisse des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz sehr anschaulich und umfassend dar. Mit einem Fokus auf Jugendliche unterschied sie zunächst die unterschiedlichen Organisationsformen des Rechtsradikalismus in Hessen:

- parteipolitischer Rechtextremismus (NPD, „Die Rechte")
- neonazistische Gruppierungen/„Freie Kräfte"
- subkulturell orientierter Rechtsextremismus (z. B. Skinhead-Szene)
- rechtsextremistische Musikszene.

Der Landesverband Hessen der NPD habe seit dem Weggang seines ehemaligen Vorsitzenden im Jahr 2008 nach Sachsen-Anhalt einen kontinuierlichen Niedergang erlebt. Man könne heute von circa 280 Mitgliedern ausgehen. Gemessen an 450 Mitgliedern ehemals, ist dies ein deutlicher Rückgang. Zum Vergleich bezifferte Dr. Ann-Christin Focke die hessischen Mitgliederzahlen der FDP und der Grünen mit etwa 5.000 bis 7.000; die der Linken mit rund 2.000.

In Südhessen habe die NPD wenige eindeutige regionale Schwerpunkte; etwa in der Wetterau und im Lahn-Dill-Kreis. Die Aktivisten des Main-Kinzig-Kreises seien nun bei der neuen Partei „Die Rechte".

Bezogen auf Jugendliche sind vor allem die „Jungen Nationaldemokraten" erwähnenswert. Sie versuchen, durch Demonstrationen auf sich aufmerksam zu machen. So gelang es im Jahre 2010 einmal, 150 Leute zu einer Demonstration zusammenzubringen. Die „Jungen Nationaldemokraten" sind laut Dr. Ann-Christin Focke sehr eng mit den „Freien Kräften" (siehe unten) vernetzt.

Aktuelle bundesweite Themenfelder der NPD seien:

- Raus aus dem Euro!
- Islamfeindlichkeit (= „Sarazzin hat Recht"),
- Besetzung sozialer Themenfelder („Sozial geht nur national")
- Alle Sozialforderungen beziehen sich auf „Deutsche" („Soziale Sicherheit statt Multikulti").

Ein Video-Clip der NPD aus Mecklenburg-Vorpommern erläuterte die Vorgehensweise hier: Die NPD-Fraktion im Schweriner Landtag hatte eine Diätenerhöhung abgelehnt. Sie wurde aber beschlossen. Daraufhin kauften die NPD-Abgeordneten für die Differenzbeträge jedes Abgeordneten Schul- und Kindergartenmaterialien und verschenkten das an Kinder und junge Erwachsene. Die Aktion wurde politisch untermalt: „Verschwendungssucht des Landtages"; „Die NPD gibt sich sozial!" Das Werbevideo zeigt das große Interesse der Bevölkerung.

Zur „Generallinie" der NPD befragt, nannte Dr. Ann-Christin Focke diese Punkte:

- „Rückführung" von Ausländern
- Arbeitsplätze nur für „Deutsche"
- „Hinter den Kulissen" die positive Bezugnahme auf den NS-Staat.

Grundsätzlich zeige die NPD in Südhessen aber eine relativ geringe Aktivität.

Im Jahre 2012 wurde die Partei „Die Rechte" gegründet. Sie kann als DVU-nah beschrieben werden; bundesweit kann man hier von etwa 150 Mitgliedern ausgehen. Landesverbände hat sie jetzt in vier Bundesländern, darunter auch in Hessen. Hier gibt es auch etliche Kreisverbände – zum Beispiel im Main-Kinzig-Kreis, in der Wetterau, in Gießen, im Werra-Meißner-Kreis und im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Es ist durchaus möglich, dass sie als potentieller Ersatz für die NPD, sollte diese verboten werden, aufgebaut wird. Diese Partei bemüht sich ebenfalls in besonderer Weise um die „Freien Kräfte".

„Freie Kräfte" gewaltbereiter

Aus Sicht des Verfassungsschutzes sind die sogenannten „Freien Kräfte" ein größeres Problem als der organisierte Rechtsextremismus, sagt Dr. Ann-Christin Focke. Es gibt sie in ganz Hessen, sie sind „lose" organisiert. Das „Freie Netz Hessen" fungiert als eine Art Dachorganisation – zunächst in Form einer Internetplattform; jetzt gibt es auch reale Vernetzungen in Hessen. Einige Beispiele für diese „Freien Kräfte": Sturm 18 (Kassel), Nationale Sozialisten Waldeck-Frankenberg, Freie Kräfte Schwalm-Eder, Autonome Nationalisten Wetzlar, Nationaler Sozialismus (Bereich Biblis), Nationale Sozialisten Rhein-Main (Frankfurt), Aktionsbündnis Rhein-Neckar und andere.

Diese Gruppierungen sind wesentlich aktiver als die NPD, sind viel gewaltbereiter, wachsen tendenziell und entwickeln laufend neue Aktionsformen. In Hessen muss man zurzeit von insgesamt etwa 250 Aktiven in diesem Spektrum ausgehen. Als Schwerpunkt der „autonomen Nationalisten" auf Bundesebene muss zurzeit Dortmund angesehen werden.

Rechtsradikale politische Einstellungen „in der Mitte"

Dr. Reiner Becker verwies zu Beginn seines Vortrages zunächst auf Untersuchungen zu politischen Einstellungen, die sich auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft finden lassen (etwa die jüngste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung) – also dort, wo die Menschen bei Wahlen überwiegend die großen politischen Parteien wählen. Hier hat man durch Umfragen diese Vorurteilsstrukturen festgestellt: Fremdenfeindlichkeit 47 Prozent(!), Antisemitismus über 17 Prozent, Rassismus bis 22 Prozent, Antiziganismus 40 Prozent. Wenn man sich darüber klar wird, dass solche Einstellungen für einen großen Teil der Bevölkerung sozusagen normal sind, dürften sich Präventionskonzepte gegen den Rechtsradikalismus eigentlich nicht nur allein auf die Zielgruppe von Jugendlichen beziehen. Einstellungen sind noch kein Verhalten. Aber das eine folgt aus dem anderen. Rechtsradikale Aktivitäten Jugendlicher fallen nicht vom Himmel. Sie haben einen gesellschaftlichen Bezugsrahmen, in dem sie entstehen. Dr. Reiner Becker: „Die Gefahr ist dort, wo die Mitte ist! Rechtsradikalismus ist kein Jugendphänomen!"

Foto: Reinhild Kleinklein

Schilderte die verschiedenen Organisationsformen des Rechtsextremismus in Hessen aus der Sicht des Verfassungsschutzes: Dr. Ann-Christin Focke.

„Erlebniswelt Rechtsextremismus im Umbruch"

Einstiege in die rechtsradikale Jugendszene „passieren" nicht einfach so, erläuterte Dr. Reiner Becker die Erfahrungen des Beratungsnetzwerkes: „Es gibt einen Prozess, den man beschreiben kann." Wenn dieser Prozess beendet, eine „rote Linie" überschritten ist, wird das ganze bisherige Leben „gekappt".

Eine „rechtsradikale Jugendkultur als eine Sozialisationsinstanz" habe sich etabliert. Der Zulauf zur rechten Szene sei in bestimmten Gegenden ungebrochen. Merkmale der Zugehörigkeit seien: Cliquen, Peergroups, bestimmte ideologische Fragmente, eine bestimmte Musik und ein Habitus (Outfit, Symbole). Die Zugehörigkeit zu solchen In-Groups werde nicht unbedingt öffentlich mitgeteilt.

Solche Cliquen findet man nicht überall. Vereinfacht könne man davon ausgehen, dass sie eher im ländlichen Raum vorzufinden sind. In den Städten seien die kulturellen Angebote generell vielfältiger; und auf dem Land – so Dr. Reiner Becker – die Vorurteilsstrukturen ohnehin mehr vorhanden. Was hier in den Gasthäusern von den Älteren gesprochen werde, bleibe nicht ohne Auswirkung auf die Jugendlichen. »

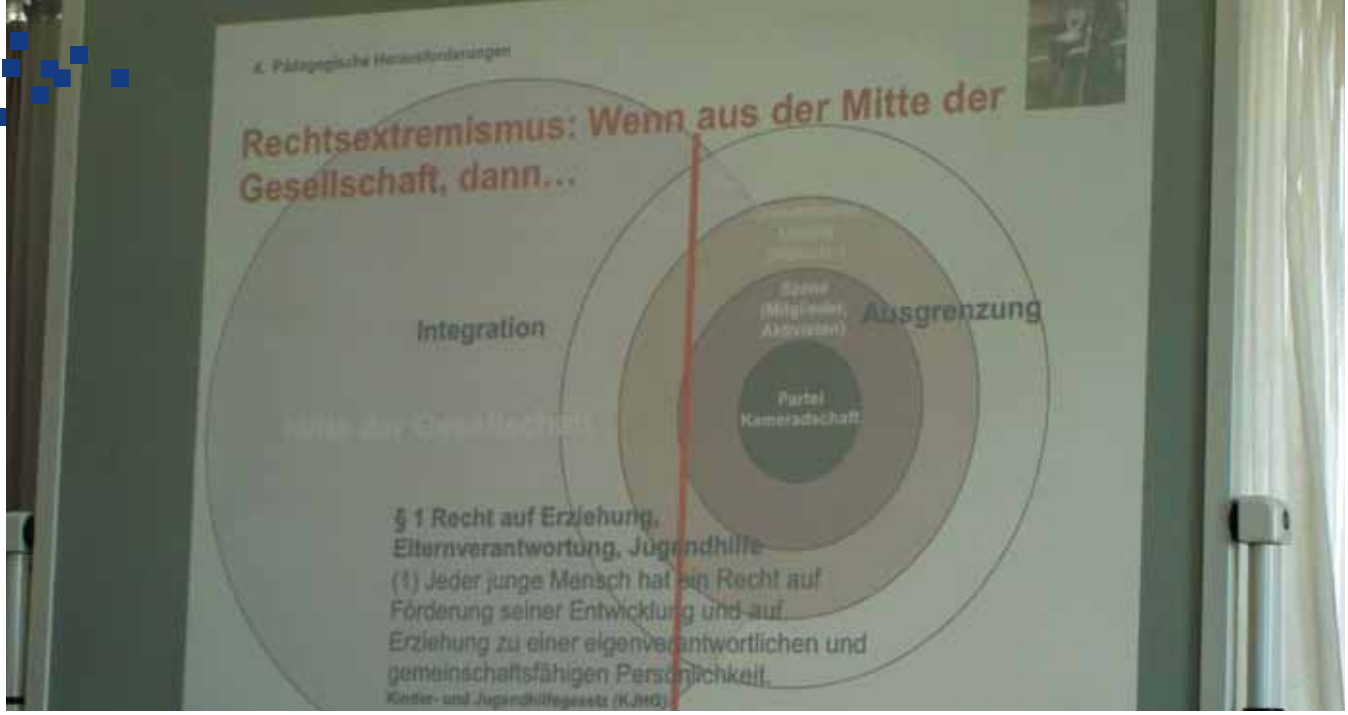


Foto: Reinhild Kleinklein

Dr. Reiner Becker ging in seinem Vortrag auch auf den Zusammenhang zwischen in der Gesellschaft verankerten rechtsradikalen Einstellungen und rechtsextremistischer Szene ein.

» Unter Bezugnahme auf Studien zu sozialisationsspezifischen Voraussetzungen für rechtsradikale Lebensläufe (Möller und andere) benannte Dr. Reiner Becker als individuelle Dispositionen für den Einstieg beispielsweise:

- das individuelle Gefühl einer dauerhaften und systematischen Benachteiligung
- problematische Familienverhältnisse und biografische Brüche
- Defizite in der eigenen Kommunikationskompetenz.

Motive für das Verbleiben in der rechtsradikalen Szene sind (demnach):

- das Versprechen einer verlässlichen Gemeinschaft
- gemeinsame Aktivitäten, Erlebnisse („Erlebniswelt Rechtsradikalismus")
- spezifische Anerkennungs- und Erfolgserfahrungen.

Diese „Erlebniswelt Rechtsradikalismus" befindet sich selber in einem Umbruch: Weg vom „Schläger-Image" – hin zur sozialen Anerkennung! Die Szene verlegt sich mehr und mehr auch auf Angebote in den Bereichen Freizeit und Unterhaltung. Sie sind nicht nur an hierarchisch organisierte Gruppen gebunden, sondern auch an eher lose Kreise. Hier können schließlich Übergänge in die rechtsextreme Szene stattfinden: Äußerer Habitus, Musikvorlieben und anderes ändern sich und bestimmten das tägliche Leben. So kann es zur Überschreitung der „roten Linie" kommen. Die Teilnahme an Demonstrationen der extremen Rechten hat dabei oft eine große Bedeutung. Hier kann man sich zeigen – und hier wird man gesehen.

„Ausstiegsprogramme" müssen an den Lebenserfahrungen ansetzen und „Anerkennungsangebote" bereitstellen

Dr. Reiner Becker stellte das Konzept einer „akzeptierenden, gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit" vor. Konzepte der Jugendarbeit und Ausstiegsprogramme müssten an den Lebenserfahrungen von extrem orientierten Jugendlichen ansetzen und langfristig angelegt sein. Jugendliche können sich auf solche Prozesse einlassen, wenn sie sich selbst etwas davon versprechen und wenn sie merken, dass man wirklich ernsthaft mit ihnen arbeiten will.

Das „beratungsNetzwerk hessen" mit zurzeit 26 Beraterinnen und Beratern hat bisher rund 250 Beratungen – mit teilweise sehr langwierigen Beratungsprozessen – durchgeführt. Nachfrager sind dabei zu 25 Prozent Schulen, danach Eltern, Kommunen, Sportvereine und andere.

Wenn man davon ausgeht, dass die „Erlebniswelt Rechtsextremismus" für Jugendliche auch eine Form der Anerkennung bereit hält, kommt man zu dem Schluss, dass Anerkennungsdefizite ein wichtiger Grund für Einstiegsprozesse in die rechtsradikale Szene sind. Dabei geht es – nach Axel Honneth – um sehr verschiedene Ebenen von „Anerkennung": neben den rechtlichen und politischen Dimensionen auch um die persönlichen Beziehungen (Liebe) und die soziale Wertschätzung.

Gefragt werden muss also: Wie sieht es in der sozialen Gruppe beziehungsweise im Einzelfall mit diesen Dimensionen der Anerkennung aus? Welche Erfahrungen haben die Jugendlichen in ihren sozialen Beziehungsfeldern (Familie, Schule etc.) diesbezüglich gemacht? Und daraus folgend: Welche Anerkennungsangebote kann man im Sinne einer Prävention oder Ausstiegshilfe machen?

Fazit

Das Jahresseminar 2013 der Sektion Südhessen hat zwar gezeigt, dass eine akute Gefährdung „der" Jugend in Hessen durch den Rechtsradikalismus nicht droht. Es hat aber einen Einblick in die rechtsradikale Jugendlandschaft in Hessen geboten. Und es hat vor allem gezeigt, dass die rechtsradikale Szene in einem gesamtgesellschaftlichen Klima entsteht, in der auch und gerade „in der Mitte" der Gesellschaft Vorurteilsstrukturen und rechtsradikales Denken üblich sind. Präventions- und Beratungsarbeit im rechtsradikalen Milieu kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich intensiv mit den gesellschafts- und sozialisationsspezifischen Rahmenbedingungen (und Defiziten) der rechtsradikalen Jugendszene beschäftigt hat und ein ernsthaftes Interesse an der Arbeit mit diesen Jugendlichen sichtbar machen kann. ■

Klaus Müller ist Koordinator der Sektion Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Baden-Württemberg, Breisach

Wolfgang Dästner

Wie das „Blaue Haus“ in der Europastadt Breisach feiert

Aus Anlass seines zehnjährigen Bestehens feierte das Breisacher ehemalige jüdische Gemeindehaus, das „Blaue Haus“, vom 23. bis 26. Juni eine Woche der Begegnung. Am ersten Tag nahmen 150 Besucher und viele Gäste aus Israel, den USA, der Schweiz, Polen, Schweden und Großbritannien an der Feier teil, die ihren Höhepunkt in der Einweihung einer hohen Holzskulptur fand, geschaffen von der Bildhauerin Heike Endemann. Die Tänzer der Battery Dance Company aus New York enthüllten das Kunstwerk mit einer tänzerischen Zeremonie, bis die hohe Holzsäule nahe des Hauses in ihrer vollen Leuchtkraft sichtbar wurde. Der Wind unterstützte dabei lebhaft die zauberhafte Aufführung.

Christiane Walesch-Schneller, die Vorsitzende des Fördervereins Ehemaliges jüdisches Gemeindehaus, habe der Stadt das Blaue Haus zurückgegeben, sagte Bürgermeister Oliver Rein und dankte ihr dafür. Der Verein hatte es im Jahr 2000 erworben und dann eine lebendige Gedenk- und Bildungsstätte für die Geschichte der Juden am Oberrhein daraus gemacht. Der Straßburger Soziologieprofessor Freddy Raphael fasste seine Rede zusammen: Der Holocaust habe einen tiefen Riss zwischen den Menschen in Breisach, aber auch in der ganzen Welt hinterlassen, der sich in der Skulptur, die jetzt vor dem Haus steht, symbolisch spiegele. „Aber“, so ergänzte er, „seitdem es das Blaue Haus gibt, hat sich alles verändert.“ Das Kunstwerk zeigt auch, so ließe sich ergänzen, dass Harmonie möglich ist: Das Rot und das Goldgelb des Holzes zweier eng beieinanderstehener Mammutbäume leuchteten am Sonntag in der Sonne. Und diese Farben passten komplementär wunderbar zum Blau des Hauses. Die Holzskulptur wurde vom New Yorker Professorenehepaar Marjorie Russell und Peter Model finanziert. Model entstammt einer alteingesessenen Breisacher Familie. Viele seiner Verwandten wurden während der Nazizeit deportiert.

Auch Jeffrey Hill vom Generalkonsulat der USA sprach ein Grußwort zu seinem Geschenk: Er hat die Teilnahme der Tanzcompany mit ermöglicht. Am Abend erlebten begeisterte Zuschauer eine weitere außergewöhnliche Aufführung der New Yorker Tänzer in der Breisgauhalle.

Gernot Erler (MdB) nannte das Blaue Haus einen Ort konstruktiver Erinnerungskultur, von dem viele Begegnungen und Aktivitäten ausgingen. Zum Beispiel haben Gruppen der „Aktion Sühnezeichen“ die Kellerfundamente des Blauen Hauses freigelegt. Auch auf dem Friedhof in Mackenheim haben junge Menschen in den Sommercamps der „Aktion Sühnezeichen“ dafür gesorgt, dass die Grabsteine, die lange Zeit unter dem Schlamm der Rheinwalddüberschwemmungen gelegen hatten, ausgegraben, restauriert und aufgerichtet wurden. Das Resultat war zwei Tage nach der Eröffnung bei einer Exkursion zu sehen. Dieser Friedhof in der Nähe des elsässischen Dorfes Mackenheim, im Volksmund liebevoll „Judengarten“ genannt, war zwischen 1629 und 1755 der Begräbnisort für die vorderösterreichischen Breisacher Juden gewesen, erst danach erhielten sie die Bewilligung für einen eigenen Friedhof.

Foto: Wolfgang Dästner

Die Skulptur, geschaffen von der Radolfszeller Künstlerin Heike Endemann, vor dem „Blauen Haus“ in Breisach.

Der Mackenheimer Bürgermeister, Jean-Claude Spielmann, begrüßte die Exkursionsgäste und bezeichnete den Friedhof im Rheinwald als ein von Deutschen und Franzosen, von Christen und Juden, von Natur- und Geschichtsfreunden gemeinsam zu schützendes Erbe. Er dankte vor allem dem unlängst verstorbenen Günter Boll für seine Pionierarbeit bei der Erforschung des Friedhofs. Die Inschriften einiger Grabsteine erläuterte der großartige Kenner des Judentums Gil Hüttenmeister. Dabei wies er auf besonders wertvolle Monumente hin. »

Der jüdische Friedhof von Rosenwiller im Elsass.

» Das eigentliche Ziel dieser Fahrt war das ehemalige KZ Natzweiler-Struthof. Der Weg führte über den Steinbruch, der Anlass für dieses einzige Konzentrationslager auf französischem Boden gewesen war. Das mit 15 Baracken auf acht Terrassen vergleichsweise kleine Lagergelände auf der nördlichen Seite des Mont Louise, von dem aus man weit in die Vogesentäler blicken kann, war nach der Annexion des Elsass im Juni 1940 zunächst ein Zwangsarbeiterlager zur Gewinnung von Granit. Das Lager war für 3 000 Insassen vorgesehen, wurde aber zeitweise mit 6 000 Häftlingen belegt. Die Terrassen mussten von den Häftlingen erst angelegt werden. Der Weg nach unten führte sie gleichsam in den Tod, denn dort standen die Baracken, in denen medizinische Versuche stattfanden und die Lagerstrafen und Folterungen durchgeführt wurden. In diesen Baracken war das Krematorium. Darunter liegt noch immer die Grube, in die man die Asche warf. „Ossa humiliata" – „Gedemütigte Gebeine" – ist dieser Ort benannt. Etliche Tafeln für Opfergruppen wurden hier angebracht.

Schon im Jahr 1942 wurden die ersten Außenlager eröffnet; im Laufe der Jahre waren es 70 Außenkommandos, die beidseitig des Rheins eingerichtet wurden. Von den insgesamt 52.000 Gefangenen, die registriert waren, haben 38.000 das Hauptlager nie betreten.

Berüchtigt ist auch das etwa 500 Meter entfernte, neben einem beliebten Hotel stehende ehemalige Tanzhaus, das von der Universität Straßburg ab 1943 für medizinische Versuche und verbrecherische Forschungen an Menschen genutzt wurde. Die Gaskammer ist zu besichtigen. Seit November 2005 werden die Besucher auf der Anlage des ehemaligen Konzentrationslagers vom Centre européen du résistant déporté (Europäisches Zentrum des deportierten Widerstandskämpfers) empfangen, einem Ort des Gedenkens und der Kultur. Über dem von Zwangsarbeitern aus dem Stein geschlagenen „Kartoffelkeller" wurde ein großes, mit dunklen Steinen verkleidetes Betongebäude nach Entwürfen des Pariser Architekten Pierre-Louis Faloci errichtet.

Ein letzter Höhepunkt der Exkursion war der jüdische Friedhof außerhalb des Ortes Rosenwiller, der größte und mit über 650 Jahren älteste jüdische Verbandsfriedhof im gesamten mitteleuropäischen Raum. Da Juden ihre Gräber meist nur einmal im Jahr besuchen, findet auch keine Grabpflege statt. Deshalb haben jüdische Friedhöfe oft einen eindrucksvoll archaischen Charakter. Das Gras wächst ungehindert, der einzige Schmuck sind wilde Blumen.

Christiane Walesch-Schneller ist Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Wolfgang Dästner ist Koordinator der Sektion Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Umso auffälliger sind einzelne, mit besonderer Sorgfalt gestaltete Grabsteine. Im Kontrast dazu sieht man aber viele Steine, die schon vor längerer Zeit umgestürzt sind und um die sich heute wohl kaum noch jemand kümmert, weil es keine Nachkommen mehr gibt oder weil die Verwandten durch Flucht oder Deportation in die ganze Welt verstreut wurden.
Die New Yorker Jüdin Elaine hat diese Gräber schon mehrfach besucht. Sie konnte viele Grabsteine von ihren Vorfahren zeigen und ließ die Exkursionsteilnehmer an ihrer Familiengeschichte mit weltweiten Verknüpfungen teilhaben. Dieser sehr persönliche Bezug machte deutlich, wie heilsam Begegnungen sind, die unsere Gegenwart mit der Geschichte verbinden. Auf einer Gedenktafel an der unteren Friedhofsmauer stehen Hunderte von Namen der während der Nazizeit deportierten Juden. Ihrer wird mit diesem Monument gedacht. Der Friedhof ist auch heute noch offen für weitere Grablegungen.

Am dritten Tag lernten Schüler eines Gymnasiums und einer Realschule Zeitzeugen kennen und der jüdische Autor Gabriel Groszman stellte sein Buch „Semi Uffenheimer. Jüdische Familiengeschichten aus Breisach, Bühl, Lörrach und Graben in Baden und in Argentinien" vor.

Dank der Initiative von Christiane Walesch-Schneller ist mit dieser Festwoche ein besonderes Ereignis mit vielen in- und ausländischen Gästen und Künstlern gelungen, das sowohl in die Vergangenheit blickte als auch die Begegnung vieler Menschen aus aller Welt und zwischen den Generationen ermöglichte. Die Stadt Breisach kann stolz sein auf diese wunderbare Initiative rund um das Blaue Haus, das auch in Zukunft viele Impulse für das engere und das weitere Umfeld geben wird. Breisach wird seinem Titel Europastadt damit in vielfacher Weise gerecht.

Auch die Vereine „Für die Zukunft lernen – Verein zur Erhaltung der Kinderbaracke Auschwitz-Birkenau e. V." (*www.fuer-die-zukunft-lernen.de*) und der „Freundeskreis Oświęcim e. V." (*www.freundeskreis-oswiecim.eu*) wirken mit dem „Förderverein Ehemaliges Jüdisches Gemeindehaus Breisach e. V. Das Blaue Haus" (*www.juedisches-leben-in-breisach.de*) zusammen. ■

Der Grabstein des 1727 verstorbenen Joseph Günzburger, Gründer von sieben oberbadischen jüdischen Gemeinden im 18. Jahrhundert, auf dem Friedhof von Mackenheim im Elsass.

Fotos: Wolfgang Dästner

RAG Baden-Württemberg, Böblingen-Herrenberg-Tübingen

Nadine Dürr

Suche nach dem toten Vater führt ins Obere Gäu

Drei Jahre musste sich Berry Soesan gedulden, bis seinem Wunsch entsprochen werden konnte: Nun wurde auf dem Esslinger Ebershaldenfriedhof ein Gedenkstein für seinen im KZ-Außenlager Hailfingen-Tailfingen ermordeten Vater Samuel und 14 weitere Tailfinger KZ-Häftlinge eingeweiht. Vorab stattete der Niederländer mit seinem Freund Albert Andringa der Tailfinger KZ-Gedenkstätte einen Besuch ab.

„Ich war vier Jahre alt, als mein Vater deportiert wurde", erzählt Berry Soesan. „Er war jüdisch, meine Mutter katholisch. Mein Vater hatte sich geweigert, für die Deutschen zu arbeiten, und versteckte sich deshalb in einem Haus. Ich weiß nicht, wie genau es dazu kam, aber er wurde verraten und von der Polizei abgeholt." Nicht viele Erinnerungen habe er an seinen Vater, aber wie dieser vor der Deportation nach Hause kam, um einen Koffer zu packen und sich von seiner Familie zu verabschieden, haftet noch immer in Soesans Gedächtnis. Dass den deportierten Menschen ein schlimmes Schicksal bevorstünde, habe man damals bereits gewusst. Dennoch hoffte seine Mutter bis zu ihrem Tod im Jahr 1983, dass ihr Mann doch noch zurückkehren möge.

In Esslingen eingeäschert

Samuel Soesan jedoch war über Westerbork nach Auschwitz gelangt und von dort über das KZ Stutthof mit einem Transport am 17. November 1944 ins KZ-Außenlager Hailfingen-Tailfingen gekommen. Bereits wenige Wochen später – am 6. Dezember 1944 – starb er dort, vermutlich an Hunger, Kälte und Erschöpfung. Gemeinsam mit 14 weiteren Tailfinger Häftlingen äscherte man Samuel Soesan am 13. Dezember 1944 im Krematorium des Esslinger Ebershaldenfriedhofs ein.

Von diesen Ereignissen erfuhr die Familie Soesan nichts. „Nach dem Krieg war meine Mutter allein", erinnert sich Berry Soesan. „Wir hatten nur sehr wenig Geld und ich musste zur Schule. Meine Mutter hatte eine schwierige Zeit, aber als Kind bemerkte ich nur wenig davon. Es ging mir relativ gut." Im Laufe der Jahre jedoch begann der Junge seinen Vater zu vermissen und die Familie machte sich auf Spurensuche: „Viele Jahre habe ich gesucht, aber nichts gefunden. Wir hatten die Information vom Roten Kreuz, dass mein Vater im KZ Natzweiler gestorben sei. Aber ein Amerikaner, der sich dort kundig gemacht hatte, sagte uns, dass das nicht stimmen kann."

Berry Soesan mit seinem Freund Albert Andringa am neuen Gedenkstein auf dem Esslinger Ebershaldenfriedhof.

Foto: Johannes Kuhn

Erst als sich Berry Soesan mit dem Niederländischen Institut für Kriegsdokumentation in Verbindung setzte, erfuhr er, dass sein Vater in Auschwitz gewesen war: „‚Ruf Harald Roth an', sagte man mir dort." Die Mitbegründer der KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen, Harald Roth und Volker Mall, bestätigten Soesan dann, dass sein Vater in Tailfingen umgekommen war – 64 Jahre nach dessen Tod. „Alle Informationen über meinen Vater habe ich von Harald Roth und Volker Mall. Was hier in der KZ-Gedenkstätte gemacht wurde, ist ganz große Klasse!", lobt Soesan.

Ruhe fand der Mann aus dem niederländischen Nimwegen vorerst jedoch noch nicht. Nachdem er im Jahr 2010 bei der Einweihung der KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen zugegen war und Esslingen zwei Tage später einen Besuch abgestattet hatte, wünschte er sich in einem Brief an den Esslinger Oberbürgermeister Dr. Jürgen Zieger einen Gedenkstein auf dem Esslinger Ebershaldenfriedhof für die 15 kremierten Tailfinger KZ-Häftlinge. Drei Jahre sollten ins Land ziehen, bis dieser Stein errichtet werden konnte: „Ich habe gehört, dass sich manche Leute schwer damit taten. Der Rabbi hat unter anderem gefordert, dass der Stein nicht zu tief in die Erde gesenkt werden darf, es müsse ein Stein für die Ewigkeit sein. Ich halte das für Quatsch." Lediglich einen Ort der Erinnerung für die Familienangehörigen und die kommenden Generationen wünschte sich Soesan. Nun war es endlich so weit – und der Niederländer war als einziger Nachkomme der 15 kremierten KZ-Opfer bei der Einweihung des Steines zugegen. Jetzt könne er endlich einen Punkt dahinter setzen „und dieses Buch schließen". Aber: „Mit dem ganzen Thema werde ich nie abschließen können. Man denkt ja immer wieder daran", sagt der 73-Jährige.

Für die Zukunft wünscht er sich, gesund zu bleiben, um jedes Jahr den Gedenkstein in Esslingen besuchen zu können. Kein Problem stelle es für ihn dar, in das Land zu reisen, in dem sein Vater ermordet wurde: „Ich habe keinen Hass auf Deutschland, aber es gibt hier noch immer Leute, die sagen, Hitler habe auch Gutes getan. Wenn ich so etwas höre, dann fliegen mir die Kohlen aus den Ohren!" ■

Der Artikel erschien am 19. Juli 2013 im „Gäuboten". Wir danken der Zeitung und der Autorin Nadine Dürr für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

RAG Rhein-Main, Sektion Südhessen

Klaus Müller

Vom Traum zum Trauma – Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 und die Folgen

Ulrike Poppe sprach in Südhessen.

Zu vier Vortragsveranstaltungen mit anschließender Diskussion zum Thema „Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 – Vom Traum zum Trauma" war Ulrike Poppe, die Beauftragte des Landes Brandenburg für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur – am 5. und 6. Juni in Südhessen. Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf hatte im Dezember 2012 beschlossen, 2013 anlässlich des 60. Jahrestages des Volksaufstandes in der ehemaligen DDR eine Gedenkveranstaltung durchzuführen. Möglichst mit einem Vertreter oder einer Vertreterin der ehemaligen Bürgerrechtsbewegung. Auf Vorschlag der Sektion Südhessen unserer Vereinigung wurde unser Vorstandsmitglied Ulrike Poppe eingeladen. Sie referierte auch vor Oberstufenschülerinnen und -schülern aus Rüsselsheim, Darmstadt und Mörfelden-Walldorf zum gleichen Thema.

Foto: Bianka Luther

Sprach über den Volksaustand am 17. Juni 1953: Ulrike Poppe.

Im Vorfeld der Veranstaltungen war in den drei Schulen und im Rathaus von Mörfelden-Walldorf die von Stefan Wolle und der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur" erarbeitete Ausstellung „Wir wollen freie Menschen sein" gezeigt worden. Eingeleitet wurden alle vier Veranstaltungen mit Ulrike Poppe durch kurze Filmsequenzen über den 17. Juni 1953 aus dem für den Schulunterricht erarbeiteten Film „Aufstand gegen die Diktatur" (FWU, Institut für Film und Bild, 2006). Interessant ist darin vor allem die Gegenüberstellung von Plakaten und Originalfilmen aus der ehemaligen BRD und solchen aus der DDR.

Folgenreiche Zuschreibung: „Schon demokratischer Aufstand, aber noch faschistische Erhebung"

Wolf Biermann

Ulrike Poppe berichtete, dass sogar der systemkritische Liedermacher Wolf Biermann, als er 1976 auf Einladung des DGB in Köln war, in Bezug auf den Volksaufstand von einem „gefährlichen Januskopf" sprach. Der 17. Juni sei „schon ein demokratischer Arbeiteraufstand und noch eine faschistische Erhebung" gewesen. Allerdings hat diese eher DDR-freundliche Beschreibung des Aufstandes Biermann nichts genützt. Er erhielt ein Wiedereinreiseverbot – ein Willkürakt, der zu einer großen Protestwelle in der DDR führte. Selbst Teile der Opposition hielten die Beschreibung des 17. Juni mit dieser Ambivalenz bis 1989 für richtig, wohl ein Grund dafür, dass sich die Bürgerbewegung keineswegs in der Kontinuität dieses Ereignisses sah, sondern eher in der Kontinuität des Ungarn-Aufstandes 1956 und des „Prager Frühlings" 1968.

Die DDR-Propaganda hatte nachhaltig gewirkt: Dass der 17.Juni 1953 das Werk westlicher „Kriegshetzer" und „Provokateure" gewesen sei, stand für die DDR-Propaganda von Anfang an fest. In der Schule sei nicht viel über den 17. Juni gesprochen worden, sagte Ulrike Poppe. Und wenn, dann nur bezüglich einer gewissen Unzufriedenheit wegen der Normerhöhung, die Staat und Partei ja zurückgenommen hätten. Im Übrigen habe man aber nur die Geschichte vom „faschistischen Putschversuch" gehört. In ihrer politischen Biografie, sagte Ulrike Poppe, habe der 17. Juni nie eine besondere Rolle gespielt. Zwar habe sie als Studentin im Stahl- und Walzwerk Henningsdorf bei Berlin schon mitbekommen, dass hinter vorgehaltener Hand hin und wieder auch über den 17. Juni gesprochen wurde. Sie habe auch

gefragt, warum denn die Arbeiter dort manchmal Südfrüchte bekämen, die man ansonsten in der DDR fast gar nicht kaufen konnte, und die Antwort erhalten: „Das machen die, damit wir nicht zu einem neuen 17. Juni aufrufen." Dennoch: Der 17. Juni 1953 war für die Generation von Ulrike Poppe, die selber in diesem Jahr erst geboren wurde, kein Anknüpfungspunkt für ihre politische Entwicklung. Die volle Wahrheit über den 17. Juni habe sie erst nach 1990 erfahren, sagt sie: ein Volksaufstand in mehr als 700 Städten in der ganzen DDR mit mehr als einer Million beteiligter Menschen (von insgesamt 17 Millionen) – also keineswegs nur ein „Arbeiteraufstand" im engeren Sinne.

„Genossen, ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?"
Erich Mielke

Das Protokoll einer der letzten Sitzungen der Stasi-Kommandeure aus der ganzen DDR in der Berliner Stasi-Zentrale weist aus, dass Stasi-Chef Erich Mielke diese Frage ganz ernsthaft noch 1989 gestellt hat und die beruhigende Antwort bekam: „Der ist morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da." Eine Szene unfreiwilliger Komik, wenn man sich überlegt, dass das System binnen Kurzem völlig zusammenbrach. Nichts macht die große Angst der gesamten DDR- und SED-Führung deutlicher als dieser eine Satz. Der 17. Juni 1953 hatte sie bis ins Mark getroffen; er war zu einem Trauma geworden. Die SED lebte bis zum Ende der DDR in der ständigen Angst, ein solcher Aufstand könnte sich wiederholen und das Ende ihrer Herrschaft herbeiführen.

Ein Trauma, so Ulrike Poppe, war der 17. Juni aber auch für große Teile der Bevölkerung. Ausnahmezustand in 165 Städten, Verhängung des Kriegsrechts durch die sowjetische Besatzungsmacht, rund 15 000 Festnahmen, 1 400 Verurteilungen, fünf standrechtliche Erschießungen durch sowjetisches Militär: Das alles hatte seine Wirkung nicht verfehlt. In der DDR, sagte die ehemalige Bürgerrechtlerin, habe man gelernt: Ein Aufstand lohnt sich nicht. Das brachten Ulrike Poppes Eltern auch ihr und ihren Geschwistern bei: Haltet euch aus der Politik heraus; das war die Botschaft. Ulrike Poppe tat genau das nicht.

Die 2. Parteikonferenz im Juli 1952 und „der planmäßige Aufbau des Sozialismus"

Die mittelfristigen Ursachen für den Aufstand am 17. Juni 1953 verortete Frau Poppe in der noch von Stalin selbst befürworteten neuen Politik seit der 2. Parteikonferenz im Juli 1952. Sie bezeichnete das, was nach dieser Konferenz geschah, auf der Walter Ulbricht unter frenetischem Beifall den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus" verkündete, in einer Veranstaltung einmal „einen regelrechten Krieg gegen die Bevölkerung". Etwa der forcierte Aufbau der Schwerindustrie oder der Kasernierten Volkspolizei waren mit massiven Beschneidungen des Lebensstandards verbunden: Preiserhöhungen von Lebensmitteln (auch des Schnapses) und Textilien, das Streichen von Lebensmittelkarten für große Teile des Mittelstandes, die Gründung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gegen den Willen der Bauern, die sich zu einem großen Teil über die Bodenreformen in den Jahren zuvor gefreut hatten, weil sie nun eigene Landwirtschaften betreiben konnten, und nicht zuletzt die massive Erhöhung der Arbeitsnormen, die praktisch zu einer Lohnkürzungen führte. All das zu einem Zeitpunkt, an dem nach den Hungerjahren unmittelbar nach 1945 eine gewisse Verbesserung in der Ernährungssituation eingetreten war. Die Propaganda der SED, an alledem sei der „Klassenfeind" schuld, verfing immer weniger. „Unglaubliche Wut", so Ulrike Poppe, war die Folge und Unmutsäußerungen sowie Proteste in der ganzen DDR.

Foto: Bianka Luther

Gespannt hören Schüler und Lehrer der Eleonorenschule Darmstadt Frau Poppe zu.

Die Partei war nicht nur uneinsichtig, sie verschärfte die Lage noch mit dem „Gesetz zum Schutz des Volkseigentums", das bei Entwendung von öffentlichem Eigentum eine Zuchthausstrafe von bis zu fünf Jahren vorsah und öffentlich als „Erziehung der Arbeiter zum Schutz des sozialistischen Eigentums" dargestellt wurde. Was sich so harmlos anhörte, führte zu einer regelrechten Bestrafungsorgie für die kleinsten Vergehen. Allein über 10 000 Inhaftierungen hatte dieses Gesetz zur Folge. Im Mai 1953, berichtete Frau Poppe, gab es 66 000 Häftlinge in der DDR. Die Gefängnisse waren überbelegt. Bis zu 20 Menschen sollen sich in Zellen befunden haben, die für einen einzigen Häftling gedacht waren. Ein Beispiel für eine willkürliche Verurteilung prägt sich besonders ein. Ulrike Poppe las aus einem Urteil in Rosslau über zwei Männer vor, die wegen „Entwendung von Volkseigentum" zu je einer einjährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurden, weil sie eine Weintraubenrebe (!) aus einem Wagon entwendet hatten.

Massenhafte Flucht aus der DDR war die Folge. Schließlich wurde am 9. Juni 1953 auf Anordnung von Moskau die Reißleine gezogen – mit Ausnahme der Normerhöhung, die erst am 16. Juni zurückgenommen wurde. Genutzt hat beides nichts. Im Gegenteil: Die Rücknahme vieler Belastungen am 9. Juni wurde von der Bevölkerung als Schwäche der Partei und des Staates interpretiert und gab den letzten Anschub zum Aufstand am 17. Juni.

Ulrike Poppe im Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen

Als Studentin der Geschichte und Kunstgeschichte fand Ulrike Poppe in den 70er-Jahren in oppositionelle Kreise. Die Elterngeneration, die den 17. Juni 1953 aktiv miterlebt oder auch aktiv unterstützt hat, war für sie kein Vorbild. Es war ja die Generation, sagt sie, die in der Weimarer Republik geboren wurde, im Dritten Reich groß geworden war, danach in der DDR die zweite Diktatur erlebte und aus der Niederschlagung des Volksaufstandes am 17. Juni nur den Schluss zog, die Verhältnisse »

» schweigend ertragen zu müssen. „Eine Demokratie hat diese Generation nie erlebt“, sagte Ulrike Poppe.

Im Jahr 1983 wurde die als oppositionell bekannte Ulrike Poppe gemeinsam mit der Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley verhaftet und im Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen inhaftiert. Der Vorwurf: Landesverrat! Der Hintergrund: Bärbel Bohley, sie und zwei weitere Freundinnen aus der Gruppe „Frauen für den Frieden“ hatten ein Gespräch mit einer neuseeländisch-britischen Wissenschaftlerin und Friedensaktivistin geführt. Der Versuch, die beiden Frauen zu verurteilen, misslang: Ulrike Poppe berichtete von der internationalen Aufmerksamkeit und Protesten, die diese Inhaftierung hervorgerufen hatte, und schließlich dem Einknicken des Regimes und ihrer beider Freilassung nach sechs Wochen, weil sich die DDR nicht länger öffentlich blamieren wollte und es keinerlei konkrete Vorwürfe gegen die beiden Frauen gab. Insgesamt sei sie etwa 13 Mal in der DDR festgenommen worden, sagte Ulrike Poppe.

Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 habe sie in Berlin erlebt, berichtete sie. Sie war auf einem Geburtstag – und weil die Getränke ausgegangen waren, musste ein Gast für Nachschub sorgen. Er kam nach kurzer Zeit zurück und platzte mit der zunächst als verrückt angesehenen Botschaft herein, er habe gerade gehört, dass die Mauer offen sei. Die Geburtstagsgesellschaft nahm das ungläubig zur Kenntnis, prüfte es aber umgehend nach. Ulrike Poppe selber fand sich noch am gleichen Abend in Westberlin und feierte – mit anderen – die ganze Nacht durch …

Was interessiert Schülerinnen und Schüler?
Die Fragen der Schülerinnen und Schüler bezogen sich überwiegend auf Ulrike Poppes Leben in der DDR.
Sie wollen wissen: **Wie war Ihr Verhältnis zu Ihren Eltern, als Sie sich zur Opposition hin entwickelten? • Haben Ihre Kinder Ihnen Ihre politische Arbeit übel genommen? • Haben Sie überlegt, in die BRD zu fliehen? • Wie bereitet man einen Aufstand in einer Diktatur vor?**

Wie waren die Haftbedingungen in Hohenschönhausen? Hatten Sie Kontakt mit anderen Häftlingen? Worüber sprach man da?
Bei der Beantwortung dieser und anderer Fragen fielen Ulrike Poppe viele kleine weitere Episoden ein, die so spannend sind, dass die Diskussionen aus zeitlichen Gründen jeweils abgebrochen werden mussten.

Zurück bleibt die Erkenntnis: Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zur DDR- Geschichte sind auch für Schülerinnen und Schüler, die nach 1990 geboren wurden, außerordentlich spannend und interessant – vorausgesetzt, sie haben sich vorher mit der Thematik befasst, und vorausgesetzt, die Referenten finden einen Weg zu den Schülerinnen und Schülern. Eine forschende Neugier daran, was junge Leute heute an dieser Geschichte interessieren könnte, ist dabei ebenso wichtig wie ein fundiertes Wissen und die Fähigkeit, sich mit der eigenen Person einzubringen und das eigene Leben in die geschichtlichen Abläufe einordnen zu können. Ulrike Poppe hat diesen Erwartungen in jeder Hinsicht entsprochen. ■

Klaus Müller ist Koordinator der Sektion Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Besuchen Sie auch unsere Homepage: www.gegen-vergessen.de

RAG Baden-Württemberg

Sektion Allgäu-Oberschwaben gegründet

Aus der Leutkircher Initiative „Orte des Erinnerns" wurde am 20. Juni die Sektion Allgäu/Oberschwaben der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie . Als Ehrengast der feierlichen Gründung konnte im Leutkircher Bocksaal Hubert Moosmayer, die treibende Kraft der Initiative „Orte des Erinnerns", die stellvertretende Vereinsvorsitzende Cornelia Schmalz-Jacobsen begrüßen. Sie sprach über eigene Begegnungen und Erinnerungen im Zusammenhang mit den Gräueln des nationalsozialistischen Deutschlands. Ihre Eltern Donata und Eberhard Helmrich leisteten im Dritten Reich Widerstand und wurden von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern" geehrt.

Freuen sich über die Gründung der Sektion Allgäu-Oberschwaben: Initiator und Sektionskoordinator Hubert Moosmeyer, RAG-Sprecherin Birgit Kipfer, die stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Cornelia Schmalz-Jacobsen und der Leutkircher Bürgermeister Martin Bendel.

Mit den Stolpersteinen, die an die im Dritten Reich deportierte und ermordete jüdische Leutkircher Familie Gollowitsch und an die ermordeten Töchter der Familie Haßler erinnern, machte die Initiative vor zwei Jahren erstmals auf sich aufmerksam. Ausstellungen, Exkursionen, Filmvorführungen und eine Gedenkveranstaltung folgten. Dabei war die Initiative, so Moosmayer, immer ein „loser Verbund" von etwa 20 Personen. Nun wollen sie das Projekt gegen das Vergessen auf ein festeres Fundament stellen.

Mit der Sektion bekommt Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. erstmals eine Vertretung im südöstlichen Landesteil. Ihr werden unter anderen die Vereinsmitglieder Ivo Gönner (SPD), Oberbürgermeister von Ulm, und die ehemalige Landes- und Bundesministerin Annette Schavan (CDU) angehören.

Die junge Sektion hat schon eine weitere Veranstaltung geplant. Ab 6. September wird der englische Künstler Robert Koenig seine Skulpturengruppe „Odyssey" sechs Wochen lang auf dem Leutkircher Gänsbühl präsentieren.

Bei „Odyssey" – eine Installation von 40 Holzskulpturen – handelt es sich um in Gruppen aufgestellte menschliche Gestalten, von 2,50 Metern Höhe, ausdrucksstarke Charaktere, handgeschnitzt aus Lindenholz, alle in gleicher Körperhaltung. Sie erinnern an erzwungene oder freiwillige Migration, an Entwurzelung, Heimatlosigkeit und Vertreibung. In vielen europäischen Ländern – unter anderem beim Trafalgar Square in London – war das Kunstwerk bereits zu sehen. Noch nie aber in Deutschland.

Koenig fertigt an jedem Ausstellungsort öffentlich eine neue Figur, die er seiner Installation hinzufügt. Dies wird er auch in Leutkirch tun.

Der Künstler, dessen polnische Mutter im Dritten Reich zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert wurde, wird aber noch eine zweite Figur schaffen. Und diese wird in der Stadt bleiben. An die Leutkircher Opfer der nationalsozialistischen Diktatur erinnernd, werde sie jedes Jahr in einer anderen Schule aufgestellt, kündigte Hubert Moosmayer an. Die jeweilige Schule übernehme damit die Patenschaft für das Werk und eventuell auch für die Stolpersteine in der Marktstraße, der Karlstraße und am Gänsbühl. ■

Andreas Dickerboom

Gedenkorte in Europa

Ein neues Internetangebot bietet die Möglichkeit, sich über Orte der Erinnerung in Europa zu informieren. Es soll Reisende zu Besuchen dieser Gedenkorte anregen, die Zugänge aufzeigen und Hintergrundinformationen liefern. So ergibt sich die Gelegenheit, Geschichte zu erfahren, die sich in den üblichen Reiseführern nicht findet.

Verantwortlich für die Erstellung und Pflege der Website www.gedenkorte-europa.eu ist der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 mit Sitz in Frankfurt am Main. Gegründet wurde der Studienkreis 1967 unter anderem von Martin Niemöller, Wolfgang Abendroth und Günter Weisenborn mit dem Ziel der Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstands in der NS-Zeit.

Mit dem neuen Internetportal wird der Blick auf die europäische Dimension des nationalsozialistischen Terrors gerichtet. Mit einer Landkarte und entsprechenden Wegbeschreibungen soll der Zugang zu den häufig abseits gelegenen Orten erleichtert werden und damit zu vielen Gedenkstätten, kleinen Denkmälern und lokalen Museen, die oft nicht zum Standard-Besuchsprogramm einer Auslandsreise zählen. Neben bekannten Gedenkorten wie Sant' Anna di Stazzema oder Oradour-sur-Glane lassen sich bereits über 700 Orte auffinden. Ein Kernteam von sechs Personen hat in jahrelanger Kärrnerarbeit die Zusatzinformationen zusammengetragen, beispielsweise Kurzbiografien von Tätern, Opfern und Widerständlern sowie Literatur- und Medienhinweise. Gerade kleinen und bislang übersehenen Orten wird damit mehr Beachtung geschenkt.

Die Plattform soll dazu beitragen, ein besseres Verständnis für das kulturelle Gedächtnis der ehemals besetzten Regionen zu entwickeln. Denn auch wenn die Wunden, die der deutsche Angriffskrieg zwischen 1939 und 1945 verursacht hat, äußerlich betrachtet verheilt scheinen, wirken sie doch bis in die heutige Zeit nach.

Bislang hat sich das Team auf die Erschließung der Gedenkorte in Frankreich und Italien konzentriert. Der Leiter des Studienkreises, Thomas Altmeyer, kündigte an, dass eine schrittweise Ausdehnung des Angebots auf Polen, die baltischen Staaten und Griechenland geplant ist. Dazu bedarf es aber nicht nur des Engagements des sechsköpfigen Teams, vielmehr ist weitere Hilfe sehr erwünscht. Und nicht zuletzt ist auch eine ausreichende finanzielle Unterstützung notwendig, um ein solch ambitioniertes Projekt fortzuführen. Gefördert wird die Internetplattform unter anderem von der Otto-Brenner- sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung. ■

Andreas Dickerboom ist Sprecher der RAG Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Kontakt:
Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945
Rossertstraße 9 | 60323 Frankfurt
Telefon: 069 721575
studienkreis@widerstand-1933-1945.de
www.widerstand-1933-1945.de

Spendenkonto:
Postbank Frankfurt/Main
Konto 314 124 603
BLZ 500 100 60
Stichwort: Gedenkorte Europa

Startseite des Internetportals Gedenkorte Europa

screenshot: www.gedenkorte-europa.eu

Wolfgang Tiefensee

Foto: Conny Baeyer

Nachruf zum Tod unseres Vorstandsmitgliedes Wolfgang Lüder

*11. April 1937 in Celle; † 19. August 2013 in Berlin

Die Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. betrauert den Tod ihres geschätzten Vorstandsmitglieds Wolfgang Lüder, der am 19. August 2013 verstorben ist. Seiner Ehefrau, seinen Kindern und Enkelkindern gilt unser ganzes Mitgefühl.

Mit Wolfgang Lüder verstarb eines der 14 Gründungsmitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie. Am 19. April 1993 hatte er an der Gründungsversammlung in Bonn teilgenommen. Seitdem gehörte Wolfgang Lüder – mit einer kurzen Unterbrechung von 2000 bis 2004 – dem Vorstand der Vereinigung an.

Lüder studierte Jura und arbeitete als Richter am Landgericht Berlin, später auch als Rechtsanwalt und Notar. Von 1971 bis 1979 war er Landesvorsitzender der FDP in Berlin, von 1975 bis 1981 Wirtschaftssenator und seit 1976 auch Bürgermeister in Berlin. Als Bundestagsabgeordneter wurde er von 1987 bis 1995 stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses.

Die Überparteilichkeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. war für das sozialliberale Urgestein von besonderer Bedeutung. Enge Verbindungen bestanden sowohl zum Gründungsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel als auch zur ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden Hanna-Renate Laurien. In ihrer Nachfolge war er auch Vorsitzender der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin e.V.

„Sagen Sie mir nicht, wie es nicht geht, sondern wie es geht!" – mit dieser pragmatischen Herangehensweise setzte sich Wolfgang Lüder dafür ein, dass Opfer des Nationalsozialismus endlich die Würdigung erhielten, die ihnen gebührt. Allen rechtsextremistischen Umtrieben entgegenzutreten war für ihn nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch eine Bürgerpflicht. Zugleich ließ ihn die Frage, wie die Geschichte des SED-Unrechtsstaates zu vermitteln sei, keine Ruhe, auch weil Freunde von ihm die Erfahrung von Unterdrückung in der DDR hatten machen müssen.

Mit Wolfgang Lüder verliert Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nicht nur einen langjährigen Mitstreiter, sondern vor allem einen Weggefährten, der stets hilfsbereit und lebensfroh war. Humanität, Freiheit und Verantwortung, dies sind Werte, die ihm wichtig waren und die er vorbildhaft lebte. Wir werden Wolfgang Lüder schmerzlich vermissen, jedoch nie vergessen. Unsere Erinnerung an ihn ist von größter Dankbarkeit erfüllt. ■

Foto: Conny Baeyer

Suchte immer das Gespräch: Wolfgang Lüder, hier mit dem Vorsitzenden Wolfgang Tiefensee.

Verleihung der Insignien eines Kommandanten der Ehrenlegion an Max Mannheimer

Foto: ML-Fotos/Wikipedia

Seit Jahrzehnten ein Mahner gegen das Vergessen: Max Mannheimer.

In München verlieh Botschafter Maurice Gourdault-Montagne die Insignien eines Kommandanten der Ehrenlegion an Max Mannheimer. Damit ehrte er einen deutschen Zeitzeugen und Holocaust-Überlebenden, der sich unermüdlich für Toleranz einsetzt und mit der Publikation seiner Erinnerungen wertvolle Aufklärungsarbeit über Nationalsozialismus und Holocaust leistet.

Der Botschafter hob in seiner Laudatio hervor, dass Mannheimer, der Mitglied im Beirat der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist, mit seinen Erinnerungen einen wichtigen Beitrag zur Verteidigung der demokratischen Werte, aber auch zur deutsch-französischen Aussöhnung beitrug.

Seit 1988 ist Max Mannheimer Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau. Des Weiteren trage Mannheimer durch seine kreative Arbeit als Maler und Buchautor Hoffnung und Optimismus in die Welt. ■

Viertes Heft der Schriftenreihe zum KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen erschienen

Das neue „Erinnerungsheft" zu den Geschehnissen im KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen bietet auf seinen knapp über 50 Seiten eine Art akribisch recherchierte Gesamtschau. Angefangen bei Fläche, Flugplatz und Lagerkonstruktion spannt sich der Bogen über Mitglieder des Nachtjagdgeschwaders 6 nebst jugendlichen Flakhelfern, die Täter, die Exhumierung des Massengrabes durch Bewohner der umliegenden Ortschaften bis hin zu Kurzbiografien der Lagerinsassen. Das Heft präsentiert sich als komprimierter Überblick, der sehr empfehlenswert für interessierte Neueinsteiger in die Thematik ist. Daneben gibt es vor allem bei den Biografien der holländischen Opfer neue Erkenntnisse über Schicksal und Verbleib. ■

Buchformation:

Flugplatz und KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen
Schriftenreihe des Vereins KZ Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen e.V.
Heft 4, Gäufelden 2013, 56 Seiten

Preis: 4,00 € (zzgl. 2,00 € Versand)
Das vierte Heft der Schriftenreihe mit dem Titel „Flugplatz und KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen" ist zu beziehen bei Volker Mall: mall.herrenberg@gmx.de
oder per E-Mail: kipfer.rohrau@t-online.de

Auschwitz als Aufgabe. 25 Jahre Internationale Jugendbegegnungsstätte Oświęcim (Auschwitz)

Marian Spode-Lebenheim

Die Internationale Jugendbegegnungsstätte (IJBS) in Oświęcim/Auschwitz liegt am Ufer des Flusses Soła, zwischen dem Zentrum der polnischen Stadt Oświęcim und dem ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz. Sie bietet mehrtägige Workshops, Seminare, Konferenzen und Gedenkstättenfahrten an. Diese Begegnungsstätte ist in mehrfacher Hinsicht ein besonderer Ort. Besonders zum einen, weil die deutsch-polnische Zusammenarbeit in einem langen und nicht immer einfachen Prozess diesen Ort möglich gemacht hat. Besonders ebenfalls, weil dieser Ort, den Beschreibungen des Buches zufolge, als idyllisch und atmosphärisch wahrgenommen wird. Das vorliegende Buch beschäftigt sich mit der Geschichte der Begegnungsstätte, die 2011 auf ihr 25-jähriges Bestehen zurückblicken konnte. Dazu versammelt der Band insgesamt 21 Autorinnen und Autoren und bietet eine inhaltliche und formale Vielfalt, die von journalistischen Beiträgen über wissenschaftliche Aufsätze, pädagogische Konzepte und persönliche Erlebnisse bis hin zu einer literarischen Erzählung reicht.

Das Geleitwort von Richard Pyritz, Stiftungsrat der IJBS, und Matthias Schütt, freier Journalist, stellt heraus, wie aktuell die Verbrechen von Auschwitz immer noch sind. So sei Auschwitz heute nicht nur „Geschichte", sondern ein Teil unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit, die wir als aktuelle Aufgabe im Sinne eines „Nie wieder" mitgestalten müssen. Das belegten auch die stetig steigenden Anmeldezahlen der Begegnungsstätte.

Hans-Jochen Vogel, Gründungsvorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., geht in seinem Geleitwort darauf ein, welche Erinnerungen und Erwartungen er ganz persönlich an diesen Ort hat. Als Beteiligter erinnert er sich lebhaft an den Prozess, der 1981 zur Grundsteinlegung führte und 1986 mit der Eröffnung der Begegnungsstätte weiterging. Besonders hebt er dabei die „Aktion Sühnezeichen", Opferverbände, polnische Partner und Volker von Törne hervor, ohne deren Engagement das Projekt so nie denkbar gewesen wäre. Das Besondere der Begegnungsstätte war demnach, junge Menschen zusammenzubringen und gemeinsam an einer Aussöhnung und Sicherung des Friedens arbeiten zu lassen. Für die Zukunft wünscht sich Hans-Jochen Vogel trotz der schwindenden Zeitzeugen ein weiteres Wirken gegen das Vergessen und die beständige Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen.

Der erste von drei Teilen des Buches geht auf „Aufgabe und Struktur" der Begegnungsstätte ein.

Leszek Szuster, seit 1999 Direktor der IJBS, beschreibt in seinem Beitrag die Wirkungskraft des historischen Ortes mit seiner besonderen Authentizität. Die Unmittelbarkeit der Auseinandersetzung mit den Spuren vor Ort, die Erzählungen und Begegnungen zwischen jungen Menschen und Überlebenden, das sind für ihn die Besonderheiten der IJBS.

Alicja Bartuś, Vorsitzende des Vorstandes der Stiftung der IJBS, beschäftigt sich mit der Frage, warum Auschwitz uns alle angeht. Eine Antwort liegt für sie in der Notwendigkeit, immer wieder aufs Neue aufzuklären und zu mobilisieren, um gerade jungen Menschen Impulse zum Handeln zu geben.

Susanne Orth, ehemalige Studienleiterin, und Elżbieta Pasternak, Bildungsreferentin der IJBS, geben als Lernziel den Mut zum politischen Handeln aus. Sie beschreiben die pädagogische Arbeit der IJBS in Hinsicht auf die Methoden und Arbeitsformen und gehen dabei auch auf die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der deutschen und der polnischen Erinnerungskultur ein.

Angela und Christian Redecker, beide Lehrer und Organisatoren von Schülerreisen nach Oświęcim, berichten von ihrem Modellprojekt und den Erfahrungen damit, Jugendliche an den Themenbereich Holocaust heranzuführen.

Dazwischen findet sich eine literarische Erzählung der Auschwitzüberlebenden Zofia Posmysz über den „Christus von Auschwitz". Als Gefangene hat Zofia Posmysz die Konzentrationslager Auschwitz, Ravensbrück und Neustadt-Glewe überlebt. In ihrer Erzählung von 2008 thematisiert sie die Begegnung mit dem Häftling Tadeusz Paolone-Lisowski im Lager Auschwitz-Birkenau.

Der zweite Teil des Buches trägt den Titel „Auschwitz – Ein deutsch-polnischer Geschichtsort" und beschäftigt sich mit der historischen Dimension des Holocaust und der deutsch-polnischen Erinnerungskultur. »

Richard Pyritz, Matthias Schütt (Hg.)
Auschwitz als Aufgabe. 25 Jahre Internationale Jugendbegegnungsstätte Oświęcim (Auschwitz)
be.bra wissenschaft verlag, Berlin 2013
Gebundene Ausgabe, 237 Seiten
ISBN: 978-3-937233-92-5 • 26,00 €

» Jan M. Piskorski, Professor für Vergleichende Europäische Studien an der Universität Stettin, legt in seinem Beitrag den Weg zum Holocaust von München über Wannsee nach Auschwitz dar. Neben einem historischen Abriss der Ereignisse geht er auch auf die unterschiedlichen Deutungen des Holocausts innerhalb der Geschichtsschreibung ein.

Frank Golczewski, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Hamburg, verortet Auschwitz innerhalb des oberschlesischen „Oststreifens" im Zweiten Weltkrieg. Dabei beschreibt er den „Oststreifen" Oberschlesiens als Sondergebiet innerhalb des deutsch besetzten Osteuropas.

Michael Stolleis, ehemaliger Direktor am Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt am Main, nimmt eine Einordnung des Holocaust innerhalb der Rechtsgeschichte vor. Nach einer Beschreibung der Begriffe „Volksgemeinschaft" und „Herrenmensch" und einer kurzen Skizze des biologischen Antisemitismus steht der Autor am Ende seines Textes vor einem „Primärgefühl der Fassungslosigkeit".

Elisabeth Raiser, Vorsitzende von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF), und Christian Staffa, ehemaliger Geschäftsführer von ASF, porträtieren die Arbeit ihrer Organisation in und mit der IJBS. Gleichzeitig beschreiben sie die Perspektive, die gemeinsame erinnerungspolitische Bildungsarbeit weiter in europäische und außereuropäische Konstellationen zu tragen.

Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, begibt sich in seinem Beitrag auf eine Spurensuche in der eigenen Familie. In kurzen Porträts beschreibt er die Lebenswege seiner Familienmitglieder und erinnert an den Großvater seines Vaters, der in Auschwitz in den Tod geschickt wurde.

Daniel Logemann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig, ist auf der Suche nach neuen Perspektiven für die museumspädagogische Darstellung des Holocaust. Neben der Bedeutung des Ortes und der Realien ist für ihn die Mikrogeschichte ein entscheidender Faktor für eine nachvollziehbare Erzählung. Er beschreibt die Erzählung des Museums in Danzig als einen Mittelweg zwischen der Dreiteilung der Perspektive in „Täter, Opfer und Zeuge" und einem europäischen Mosaik aus Mikrogeschichten.

Im dritten Teil, betitelt mit „Von Auschwitz nach Oświęcim", geht es um die Transformation von einem historischen Ort zu einem Lern- und Gedenkort und die persönlichen Erfahrungen, die damit verbunden sind.

Christoph Heubner, geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, und Andreas Eberhardt, geschäftsführender Vorstand des Deutsch-Israelischen Zukunftsforums und ehemaliger Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., führen ein Gespräch über „Auschwitz als Metapher". Dabei gehen sie auf die Schwierigkeiten ein, das Vermächtnis von Auschwitz für künftige Generationen wachzuhalten.

Katarina Bader, freie Journalistin, berichtet von ihrer Freundschaft zu einem polnischen Auschwitzüberlebenden. 1998 hatte sie als Schülerin an einem Seminar in der IJBS teilgenommen und den Überlebenden Jerzy Hronowski kennengelernt.

Zbiginiew Bartuś, Journalist, befasst sich in seinem Beitrag mit dem Erbe von Auschwitz, das in Oświęcim manchmal auch als Schatten wahrgenommen wird.

Richard Pyritz, Mitglied im Stiftungsrat der IJBS, versucht sich in einer persönlichen Annäherung an Auschwitz und Oświęcim. Für ihn war Oświęcim ein Neuanfang und eine zweite Chance, beruflich und persönlich. Als Gründer des Rotary Clubs in Oświęcim realisierte er verschiedenste Projekte, so unter anderem ein Hospiz-Denkmal des Überlebenden August Kowaczyk.

Durch die Vielfalt der Beiträge wird deutlich, dass die Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz in 25 Jahren zu einem Ort des Lebens und des Lernens geworden ist. ■

Marian Spode-Lebenheim ist studentischer Mitarbeiter bei Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. und studiert Public History an der Freien Universität Berlin.

Feldwebel Anton Schmid. Ein Held der Humanität

Beate Kosmala

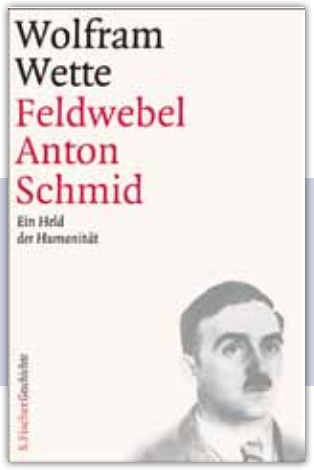
Eine Biografie von Anton Schmid zu schreiben, dem Retter von Juden und Unterstützer des Widerstands im Ghetto Wilna, ist wegen der äußerst schmalen Quellenbasis eine Herausforderung. Nachdem im Frühjahr 1942 das Todesurteil über ihn verhängt worden war, schrieb Schmid zwei Abschiedsbriefe an seine Frau. Wolfram Wette, renommierter Militärhistoriker und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., der sich seit Jahren der Erforschung des „Rettungswiderstands" in der Wehrmacht verschrieben hat, ist es dennoch gelungen, aus vielen Mosaiksteinen ein dichtes und eindringliches Bild der letzten Lebensmonate dieses ungewöhnlichen Soldaten zu vermitteln. Die verfügbaren Quellen stammen ausschließlich von Überlebenden, allen voran von Hermann Adler, 1941 Insasse des Ghettos in Wilna, und von den bekannten Gestalten des jüdischen Widerstands Abba Kovner, Chaika Grossman und Abraham Sutzkever.

Wer war Anton Schmid? 1900 in Wien geboren, war Schmid schon im Ersten Weltkrieg im Feld gewesen. Danach baute sich der Handwerker ein Elektrogeschäft auf und gründete eine Familie. Als die Deutschen 1938 in Wien einmarschierten, erkannte der „gläubige Katholik mit dem guten Herzen", wie er später beschrieben wird, die Gefahr für jüdische Nachbarn und verhalf Einzelnen zu Flucht. Im Zweiten Weltkrieg musste er erneut ein-

rücken. Als er Anfang September 1941 im deutsch besetzten Wilna eintraf, um die Versprengten-Sammelstelle zu leiten, waren bereits Tausende Juden im Wald von Ponary ermordet worden. Schmid, Augenzeuge der gewaltsamen Vertreibung und massenhaften Deportation der Juden, wurde bald darauf zur Zuflucht für einzelne Verfolgte: Dem jungen Juden Max Salinger überließ er das Soldbuch eines Gefallenen und beschäftigte ihn als Schreibstuben-Soldat in seiner Dienststelle. Dieser waren Werkstätten angeschlossen, in denen Juden und sowjetische Kriegsgefangene für den Bedarf der Wehrmacht arbeiteten.

Von Luisa Emaitisaite ist bekannt, dass sie in einer verzweifelten Situation Schmid direkt um Hilfe bat. Er versteckte die Frau zunächst in seiner Wohnung, bis sie von dem polnischen Karmeliterpater Andreas Gdowski ein Dokument erhielt, das sie als katholische Polin auswies. Schmid konnte sie damit als Zivilangestellte unterbringen. Auch Hermann Adler, Mitglied der zionistischen Organisation Dror im Ghetto und Verbindungsmann zum jüdischen Untergrund, fragte Schmid auf Gdowskis Rat hin nach Arbeit. Zwischen November 1941 und Ende Januar 1942 versteckte sich Adler mit seiner Frau ebenfalls in Schmids Wohnung, die bald Schauplatz heftiger Diskussionen über künftigen Widerstand wurde. Adler stellte den Kontakt zu Mordechai Tenenbaum-Tamaroff her, der Personen aus dem Ghetto auswählte, die gerettet werden sollten. Diese wurden bei Schmid untergebracht, bis er sie mit Wehrmacht-Lastkraftwagen nach Bialystok, Lida und Grodno transportierte. Seine Fluchthilfe war riskanter als andere Formen der Hilfe, die als „kriegswichtige Arbeit" kaschiert werden konnten. Der Feldwebel setzte sein Leben aufs Spiel: Jederzeit konnte ihm Feindbegünstigung und Kriegsverrat angelastet werden. Wette hebt hervor, dass Schmid wohl der einzige von 18 Millionen Soldaten der Wehrmacht war, der sich entschied, den aufkeimenden jüdischen Widerstand zu unterstützen. Es bleibt zu fragen, ob weitere Forschung möglicherweise (wenige) weitere Fälle ans Tageslicht bringen könnte.

Nachkriegserzählungen über angebliche Waffenlieferungen Schmids an Juden, die in der späteren Diskussion um die Feldwebel-Schmid-Kaserne (siehe unten) eine gewisse Rolle spielten, verweist Wette in den Bereich der Legenden: In keinem einzigen Bericht von Überlebenden ist davon die Rede. Doch der Autor bezieht eindeutig Stellung: Die Unterstützung des jüdischen Widerstands auch mit Waffen (der Wehrmacht) wäre angesichts der deutschen Vernichtungspolitik moralisch gerechtfertigt gewesen.



Schmids Fluchthilfefahrten wurden ihm im Januar 1942 zum Verhängnis. Unklar bleibt, ob er verraten worden war. Ende Februar wurde er vom Kriegsgericht der Feldkommandantur Wilna zum Tode verurteilt und im April 1942 erschossen.

Um die immense Bedeutung von Schmids einsamer Entscheidung deutlich zu machen, beleuchtet Wette die NS-Indoktrination von Wehrmachtsoldaten, die in den Krieg gegen die Sowjetunion geschickt wurden, um „das rote Untermenschentum" auszulöschen. Das politische Klima im Herbst 1941 im deutsch besetzten Litauen sei vom „Grundeinverständnis zwischen den militärischen Kommandobehörden, dem Sicherheitsdienst der SS und später der Zivilverwaltung in der Judenpolitik" beherrscht gewesen. Das habe zum Verdrängen von Einwänden und zu einem Prozess der Gewöhnung geführt. Seit 1933 hätte sich der „Referenzrahmen" (Harald Welzer) der Maßstäbe für Humanität und Unmenschlichkeit zugunsten einer „neuen Moral" verschoben.

Wie ein roter Faden zieht sich die Botschaft durch das Buch, dass es auch in der Wehrmacht Handlungsspielräume unterhalb der Schwelle der eigenen Lebensgefahr gegeben habe, die erfolgreich genutzt werden konnten (siehe Exekutionsverweigerung, aber auch Rettung durch Arbeit, wie dies etwa von Major Karl Plagge ebenfalls in Wilna erreicht wurde).

Nach 1945

Hermann Adler, der 1944 mit seiner Frau von Bergen-Belsen aus mit 1.700 Juden durch den Eichmann-Handel in die Schweiz gelangt war, gedachte schon 1945 in einem Gedichtband des „unbekannten Feldwebels aus Wien". Doch Anton Schmid sollte lange Zeit unbeachtet bleiben. Da aber in Österreich immerhin Verratsdelikte als Widerstand galten, wurde Schmids Witwe als Hinterbliebene eines „Opfers der politischen Verfolgung in der NS-Zeit" anerkannt. In der Bundesrepublik wäre sie, wie Wette hervorhebt, nicht in diesen Genuss gekommen.

Eine Zäsur für die Wahrnehmung Anton Schmids war Abba Kovners Zeugenaussage im Jerusalemer Eichmann-Prozess 1961 über Schmids Unterstützung des jüdischen Widerstands. 1967 wurde Anton Schmid von der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern" geehrt; im selben Jahr entstand ein Radio-Feature über ihn von Hermann Adler, und 1968 arbeitete Adler am Dokumentarfilm „Feldwebel Schmid und seine letzten neun Geretteten" mit, ausgestrahlt vom ZDF. Doch das Phänomen der Rettung von Juden durch Deutsche wurde mit wenigen Ausnahmen (wie etwa der Ehrungsinitiative des Westberliner Senats 1958 bis 1966) weiter verdrängt, nicht zuletzt, weil der verbreitete Entlastungsmechanismus („Man konnte unter der NS-Diktatur nichts tun") durch die Geschichten der Helfer obsolet geworden wäre. Bis in die 1990er-Jahre hielt »

Wolfram Wette
Feldwebel Anton Schmid. Ein Held der Humanität

S. Fischer Verlag , Frankfurt am Main 2013
Gebundene Ausgabe, 320 Seiten
ISBN 978-3-10091-209-1 • 24,99 €

» sich zudem die Legende von der „sauberen Wehrmacht“.

Geradezu ein Lehrstück für die Verdrängung des „Rettungswiderstands“ war die Geschichte der Benennung einer Kaserne nach Anton Schmid, die Wette erzählt. Sie sollte der Traditionspflege der Bundeswehr einen neuen Impuls geben. Nach schwieriger Suche fiel die Wahl auf die Rüdel-Kaserne (benannt nach dem Wehrmachtgeneral Günther Rüdel) in Rendsburg, Schleswig-Holstein. Am 8. Mai 2000 wurde die – politisch gewollte! – Namensänderung vollzogen, jedoch ohne die Akzeptanz der Soldaten und Zivilbediensteten. Der Vermittlungsversuch war fehlgeschlagen, Anton Schmids Botschaft nicht angekommen. Wie Wette betont, existierte bis zu diesem Zeitpunkt keine greifbare Veröffentlichung über den mutigen Feldwebel. Als die Rendsburger Kaserne zehn Jahre später von den Standortschließungen betroffen war, wurde die Messing-Gedenktafel für Schmid nach einem Zwischenstadium in der Lüneburger Heide auf einen Schießplatz nach Todendorf (bei Rendsburg) gebracht. Sollte auch dieser geschlossen werden, könnte die Tafel – Ironie der Geschichte – vom Militärmuseum Dresden übernommen werden. Die Rettung des Namens Anton Schmid und seiner Botschaft für die Bundeswehr bleibt eine Herausforderung.

Worin besteht Anton Schmids Botschaft? Das Beispiel dieses Feldwebels zeige, so Wette, dass ein einfacher Mann ohne höhere Bildung sehr wohl erkennen konnte, dass die Ermordung von Juden, sowjetischen Kriegsgefangenen und anderen Gruppen ein Verbrechen war. Nach einer Reflexion über den Heldenbegriff kommt der Autor zu dem Schluss, dass Schmids einsame Gewissensentscheidung und sein couragiertes und riskantes Handeln die Bezeichnung „Held der Humanität“ rechtfertigen. Er gebe nicht nur Orientierung für Soldaten heute, sondern vielleicht mehr noch für die Zivilgesellschaft.

Anton Schmid ist in der Tat ein „Symbol menschlichen Potentials“, wie Günther Blaicher das Gedicht „Epitaph for Anton Schmid!“ des englischen Lyrikers Thom Gunn interpretiert. Wette hat die Übersetzung des Gedichts an den Schluss seines in vieler Hinsicht so wichtigen Buches gestellt, das dem Überlebenden und Historiker des Rettungswiderstandes Arno Lustiger (1924 bis 2012) gewidmet ist. ■

Beate Kosmala ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Stille Helden in der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Marek Edelmann: Die Liebe im Ghetto

Der 2009 verstorbene Marek Edelmann gehörte zu den Kommandanten des berühmten Warschauer Ghetto-Aufstands von 1943. Lange hat er über seine Erlebnisse geschwiegen, erst kurz vor seinem Tod erzählte er einer vertrauten Person, Paula Sawicka, diese Geschichten aus dem Ghetto. In ihnen geht es nicht nur darum, wie er zum Mitbegründer der Jüdischen Kampforganisation (ZOB) wurde, sondern auch, so Marek Edelmann, um „Freundschaft, Solidarität, Vertrauen, Liebe“. Im Vorwort erfährt man den Anstoß zum Titel gebenden Kapitel des Buchs, das der Frankfurter Schöffling-Verlag nun auf Deutsch herausgegeben hat. Wenn Menschen, die Edelmann als Zeitzeugen befragt hatten, wieder gegangen waren, fragte er sich: „Warum fragt mich niemand, ob es im Ghetto Liebe gab? Warum interessiert das niemanden? Nur sie hat es uns ermöglicht weiterzuleben.“

Edelmann lässt in einem lakonischen, fast nüchternen Stil Bilder aus dem Ghetto entstehen, wie man sie bislang nicht kannte. Im zentralen Kapitel beispielsweise die Geschichte von Hendusia Himmelfarb, die in einem Sanatorium arbeitete und die Kinder, die nach Treblinka transportiert und dort umgebracht wurden, nicht im Stich lassen wollte. Sie hätte sich retten können und ging stattdessen mit ihren Schützlingen in den sicheren Tod. Im Buch heißt es im biografischen Anhang zu ihr knapp und dadurch umso eindringlicher: „Hendusias Lebenslauf ist kurz, weil sie sehr jung umkam.“

„Die Liebe im Ghetto“ besteht aus verschiedenen und nicht immer zusammenhängenden „Erinnerungsfetzen“ – so auch der Titel eines Kapitels – und sei deshalb nicht dem Leser zu empfehlen, der eine stringente Darstellung der Lebensbedingungen im Warschauer Ghetto erwartet. Für diejenigen aber, die einen anderen Blickwinkel auf das Leben der Menschen in einer solchen Ausnahmesituation erhalten möchten, lohnt sich die Lektüre des schmalen Bands sicherlich. ■

Marek Edelmann
Die Liebe im Ghetto
Aufgeschrieben und mit einem Vorwort von Paula Sawicka, Aus dem Polnischen von Joanna Manc
Schöffling & Co, Frankfurt 2013
Gebundene Ausgabe, 176 Seiten
ISBN 978-3-89561-418-7 • 18,95 €

Die Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme

Es ist kein wohlgehütetes Geheimnis mehr, dass das Kapitel des Nationalsozialismus in Deutschland mit der Gründung der Bonner Bundesbehörden im Jahr 1945 nicht schlagartig beendet worden ist. 2005 brachte der damalige Außenminister Joschka Fischer den Stein ins Rollen, indem er eine unabhängige wissenschaftliche Kommission mit der Erforschung der NS-Vergangenheit beauftragte. Seit 2012 widmet sich eine Kommission der Erforschung der politischen und personellen Belastungen durch NS-Vergangenheit in der deutschen Nachkriegsjustiz, insbesondere des Bundesministeriums der Justiz (BMJ).

Erschreckend hohe Quoten zur Kontinuität der Anstellung nach 1949 werfen die zentrale Frage auf, wie die neue Gesetzgebung der jungen Bundesrepublik und die strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Justizverbrechen durch Richter und Mitarbeiter mit nationalsozialistischer Vergangenheit beeinflusst wurden. Die Bonner Rosenburg, als Sitz des BMJ zwischen 1950 und 1973, steht symbolisch für den zähen Anfang der jungen Demokratie.

Unter der Leitung der beiden Professoren Manfred Görtemaker (Universität Potsdam) und Christoph Safferling (Universität Marburg) entstand der hier vorliegende Tagungsband als Ergebnis des ersten Symposiums zur Aufarbeitung. Acht weitere Experten aus den Bereichen Rechtslehre, Rechtsgeschichte und Rechtssoziologie tragen zur Bestandsaufnahme des Forschungsstands und seiner Lücken über die Tätigkeit des BMJ mit Fokus auf die 1950er- und 1960er-Jahre bei.

Hier wird auf Entwicklungen der Rechtsprechung eingegangen, die direkte Konsequenzen für Täter hatten, es seien die Amnestierung von NS-Tätern bis 1958, die Gehilfenrechtsprechung oder das Richterprivileg genannt. Außerdem wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Rehabilitierung und Anerkennung vieler Opfer der NS-Justiz durch das Ministerium verzögert wurden.

Unter Beachtung der positiven Prozesse der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in der bundesdeutschen Justiz bis zum heutigen Tag dokumentiert der Band den Weg unserer Demokratie und gibt wichtige Anstöße für die weitere Forschung der Kommission. ■

Manfred Görtemaker, Christoph Safferling (Hg.)
Die Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme.
Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013
Gebundene Ausgabe, 376 Seiten
ISBN: 978-3-525-30046-6 • 49,99 €

Nach dem „Anschluss“ – Berichte österreichischer EmigrantInnen aus dem Archiv der Harvard University

Das Buch erschien anlässlich des 75. Jahrestags des sogenannten „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938. Anhand von Zeitzeugenberichten wird über die Maßnahmen informiert, die bereits unmittelbar nach dem „Anschluss“ eingeleitet wurden, um die Unterwerfung Österreichs zu realisieren. Im Mittelpunkt steht das Schicksal derjenigen, die die Nationalsozialisten als Gegner ansahen. Dies betraf in erster Linie die jüdische Bevölkerung, aber auch nichtjüdische Konservative, Sozialdemokraten, Kommunisten, Katholiken und Protestanten.

Das Material zu diesem Buch stammt aus einer Sammlung von Autobiografien in der Houghton Library der amerikanischen Harvard-Universität. Diese hatte im Jahr 1939 weltweit einen Aufsatzwettbewerb zum Thema „Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933“ ausgelobt. Die Universität erhielt eine große Anzahl von Berichten, die fast alle zwischen August 1939 und April 1940 geschrieben wurden. Die Einsendungen kamen vor allem aus den USA, aber ebenso aus europäischen Zufluchtsländern der Emigranten, teils auch aus Südamerika, Südafrika, Shanghai, Australien und anderen Ländern. Die Sammlung im Archiv der Harvard-Universität besteht aus 263 Texten, darunter auch Berichte von 41 Österreichern, die nach dem „Anschluss“ emigriert waren. Diese Texte wurden bisher noch nicht publiziert und werden so zum ersten Mal vorgestellt.

Die Aufsatzsammlung zeigt, wie nach dem Einmarsch der deutschen Truppen angesehene und oft auch erfolgreiche Österreicher fast über Nacht zu Ausgestoßenen wurden und ungestraft misshandelt, beraubt und um ihre Existenz gebracht wurden. Die Ausgrenzung lag in kleinen Gesten und Vorgängen, aber sehr bald auch in brutaler Gewalt. Ebenso enthalten die Berichte Informationen darüber, wie in vielen Behörden, staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen, in Firmen, Schulen und Hochschulen, in Krankenhäusern und anderswo die Juden und die Anhänger der früheren Regierung oftmals fristlos entlassen wurden. Sie erhielten allenfalls eine sehr geringe finanzielle Entschädigung oder Pension. »

» Ersetzt wurden sie durch Regimegetreue oder „Reichsdeutsche", auch wenn diesen die benötigten Qualifikationen fehlten.

Was diese Aufsatzsammlung ebenfalls zeigt, ist die Schnelligkeit und Bereitwilligkeit vieler „ganz normaler" Österreicher, sich am Leiden und an der Not der Verfolgten zu erfreuen und diese auszuplündern. Jüdische Wohnungen wurden enteignet oder mussten zu einem sehr geringen Preis verkauft werden. Ihre Autos wurden den Juden abgenommen. Ebenso war es mit den Wohnungseinrichtungen, die sie fast immer weit unter ihrem Wert verkaufen mussten. Teile der Einrichtungen und Wertgegenstände wurden aber oftmals schon vorher bei Durchsuchungen durch die Gestapo und die Polizei gestohlen. Schulden bei Juden wurden nicht mehr bezahlt, angebliche Schulden von Juden dagegen wurden erbarmungslos eingetrieben, selbst wenn sie unberechtigt waren. Eine große Anzahl österreichischer Bürger, die Juden öffentlich beleidigten und demütigten und ihnen beim „Reinigen" der Straßen und Gehwege lachend zusahen, nutzten die Gelegenheit, sich auf Kosten der Verfolgten zu bereichern. Erst vor diesem Hintergrund wird erklärlich, dass die Deportation der Juden und anderer in Konzentrationslager vor sich gehen konnte, ohne dass ihr Verschwinden sonderlich erstaunte oder auch nur berührte.

Der Emigration ging ein fast unendlicher Hindernislauf voraus, wie die Autoren berichten. Während der Druck, Österreich möglichst schnell zu verlassen, immer unerträglicher wurde, bauten sich oft neue bürokratische Hürden und willkürliche Verfügungen auf.

Manche Texte schildern aber nicht nur die Vorgänge nach dem „Anschluss", sondern gehen teilweise weiter in die Vergangenheit zurück und berichten über die Entwicklung des österreichischen Antisemitismus schon vor dem Ersten Weltkrieg und die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Österreich nach Kriegsende bis zum „Anschluss". Dabei werden auch das Erstarken des Antisemitismus und die ständige Zunahme des Nationalsozialismus in diesem Zeitraum beschrieben. ■

Margarete Limberg, Hubert Rübsaat (Hg.)
Nach dem „Anschluss"
Berichte österreichischer EmigrantInnen aus dem Archiv der Harvard University

Mandelbaum Verlag, Wien 2013
Broschiert, 303 Seiten • ISBN: 978-3-85476-392-5 • 24,90 €

www.mach-den-unterschied.de ist ein Teil des Webportals www.Sport-mit-Courage.de. Es wurde von der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus der Vereinigung Gegen-Vergessen – Für Demokratie e.V. gemeinsam mit den Landessportbünden der ostdeutschen Länder entwickelt. Es wird finanziert durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms Zusammenhalt durch Teilhabe sowie von der Bundezentrale für politische Bildung.

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin. (Tel. 030-2639783, Fax. 030-26397840)

Ich bin einverstanden, dass
- meine Mitgliedschaft vom Vorstand bestätigt werden muss,
- meine Daten vereinsintern gespeichert und verwendet werden dürfen.

☐ Ich zahle den Jahresbeitrag in Höhe von 80 € (ermässigt 30 €)

☐ Statt dem Jahresbeitrag von € 80 (ermässigt € 30) zahle ich bis zum Widerruf freiwillig den Jahresbeitrag in Höhe von

☐ 100 ,00 € ☐ 150,00 € ☐ 200,00 € ☐ 300,00 € ☐ _____, 00 €

☐ Den o.a. Jahresbeitrag wollen sie gemäss der anhängenden Einzugsermächtigung von meinem Konto abbuchen

☐ Den o.a. Jahresbeitrag werde ich überweisen

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____ PLZ, Ort: _____

Geburtsdatum: _____ email: _____

Telefon (p.) : _____ Fax : _____

Beruf / Funktion : _____

Telefon (d.): _____ Fax: _____

Verein / Verband etc.:

_____

Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen / Themen interessiert:

_____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich (wir) Sie widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen der Mitgliedsbeiträge für den Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V. zu Lasten des

Kontos Nr.: _____ BLZ: _____

bei (genaue Bezeichnung der Bank) : _____

IBAN: _____ SWIFT-BIC: _____

Konto-Inhaber(in): _____

mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Vorstand

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Wolfgang Tiefensee MdB, Vorsitzender
Eberhard Diepgen, stellv. Vorsitzender
Prof. Dr. Bernd Faulenbach, stellv. Vorsitzender
Cornelia Schmalz-Jacobsen, stellv. Vorsitzende
Bernd Goldmann, Schatzmeister
Ekin Deligöz MdB
Dr. Alfred Geisel
Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer
Prof. Dr. Johannes Tuchel

VORSTAND

Dieter Althaus
Dr. Andreas H. Apelt
Erik Bettermann
Prof. Dr. Friedhelm Boll
Wolfgang Bosbach MdB
Tilo Braune
Ekin Deligöz MdB
Prof. Dr. Hansjörg Geiger
Iris Gleicke MdB
Kerstin Griese MdB
Reinhard Grindel MdB
Dr. Norbert Haase
Christoph Heubner
Dr. Werner Jung
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Birgit Kipfer
Prof. Dr. Volkhard Knigge
Dr. h.c. Charlotte Knobloch
Hannelore Kohl (Greifswald)
Dr. Anja Kruke
Uta Leichsenring
Markus Löning
Winfried Nachtwei
Prof. Dr. Kurt Nemitz
Dr. Maria Nooke
Prof. Dr. Friedbert Pflüger
PD Dr. Ernst Piper
Ulrike Poppe
Prof. Dr. Günther Rüther
Prof. Dr. Klaus G. Saur
Dieter Schulte
Lala Süsskind
Lothar Tautz
Linda Teuteberg MdL
Prof. Dr. h.c. Josef Thesing
Arnold Vaatz MdB
Ernst-Jürgen Walberg
Prof. Dr. Gert Weisskirchen

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende

Prof. Dr. Hubert Burda
Rainer Braam
Dr. Thomas Goppel MdL
Prof. Dr. Berthold Leibinger
Dr. h.c. Max Mannheimer
Friedrich Schorlemmer
Walther Seinsch
Barbara Stamm MdL
Dr. Monika Wulf-Mathies

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Dr. h.c. Joachim Gauck (2003-2012)
Dr. h.c. Hans Koschnick (2000-2003)
Dr. Hans-Jochen Vogel (1993-2000)

IMPRESSUM

Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Redaktion: Dr. Dennis Riffel, Liane Czeremin, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Augsburg – Schwaben
Sprecher: Dr. Bernhard Lehmann
Haydnstraße 53
86368 Gersthofen
Tel.: 0821 – 49 78 62
bernhard.lehmann@gmx.de

Baden-Württemberg
Sprecher: Birgit Kipfer
Krebsbachstr. 34
71116 Gärtringen-Rohrau
Tel.: 07034 – 92 96 83
Fax. 07034 – 92 96 85
kipfer.rohrau@t-online.de

Sektion Allgäu-Oberschwaben
Koordinator: Hubert Moosmayer
Oberer Graben 21
88299 Leutkirch
Tel.: 07561 – 91 50 10
hubert.moosmayer@gmail.com

Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen
Koordinator: Harald Roth
Veilchenstr. 6
71083 Herrenberg
Tel. 07032 – 95 34 06
Mr.Roth@t-online.de

Sektion Nordbaden
Koordinatorin: Dr. Andrea Hoffend
Helmholtzstr. 13
71133 Karlsruhe
Tel.: 0160 – 97 05 75 23
andrea.hoffend@t-online.de

Sektion Südbaden
Koordinator: Wolfgang Dästner
Bleichestr. 11
79102 Freiburg
Tel.: 0761 – 3 53 99
wdaestner@gmx.de

Berlin-Brandenburg
Sprecher: Dr. Benno Fischer
Bismarckstraße 99
10625 Berlin
Tel./Fax: 030 – 3 24 22 78
benno-fischer@t-online.de

Bielefeld
Sprecher: Hans-Georg Pütz
Am Spielplatz 2
32130 Enger
Tel.: 05224 – 7 99 27
hans-georg.puetz@uni-bielefeld.de

Hamburg
Sprecher: Hans-Peter Strenge
Baron-Voght-Straße 89 G
22609 Hamburg
Tel.: 040 – 82 16 35
h.p.strenge@gmx.de

Hannover
Sprecher: Prof. Dr. Joachim Perels, Albrecht Pohle, Wilfried Wiedemann
Wallstraße 6
31582 Nienburg
Tel.: 05021 – 54 27
wiedemann.nienburg@web.de

Ingolstadt
Sprecherin: Monika Müller-Braun
Gratzerstraße 47
85055 Ingolstadt
Tel. / Fax: 0841 – 92 08 41
mueller-braun.monika@online.de

Mecklenburg-Vorpommern
Sprecher: Prof. Dr. Matthias Pfüller
Jungfernstieg 8
19053 Schwerin
Tel.: 0385 – 79 68 31
Fax: 0385 – 7 58 73 13
pfueller@hs-mittweida.de

Mittelhessen
Sprecherin: Monika Graulich
Lärchenwäldchen 2
35394 Gießen
Tel./Fax: 0641 – 4 57 38
mgraulich@t-online.de

Mittelrhein
Sprecherin: Dr. Ursula Bitzegeio
Im Krausfeld 14
53111 Bonn
Tel.: 0228 – 26 14 29
ursula.bitzegeio@fes.de

München
Sprecherin: Ilse Macek
c/o Münchner Volkshochschule
Kulturzentrum Gasteig
Kellerstr. 6
81667 München
Tel.: 089 – 31 81 15 13
Fax: 089 – 31 81 15 25
ilse.macek@mvhs.de

Münsterland
Sprecher: Horst Wiechers
Nordstraße 13
48149 Münster
Tel.: 0251 – 1 62 71 15
WiechersH@stadt-muenster.de

Niederrhein
Sprecher: Ferdinand Hoeren
c/o Theo-Hespers-Stiftung e.V.
Bismarckstraße 97
41061 Mönchengladbach
Tel./Fax: 02161 – 20 92 13

Nordhessen-Südniedersachen
Sprecher: Ernst Klein
Benfelder Straße 21
34471 Volkmarsen
Tel.: 05693 – 9 91 49 90
Fax: 05693 – 9 91 49 91
ernstwklein@web.de

Nordostbayern
Sprecher: Dr. Alexander Schmidt
Goldweiherstr. 16
90480 Nürnberg
Sprecher: Dr. Jörg Skriebeleit
c/o KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
Gedächtnisallee 5-7
92696 Flossenbürg
Tel.: 09603 – 90 39 00
Fax: 09603 – 9 03 90 99
information@gedenkstaetteflossenbuerg.de

Oldenburg-Ostfriesland
Sprecher: Werner Vahlenkamp
Westeresch 2
26125 Oldenburg
Tel.: 0441 – 3 68 52
karin.vahlenkamp@t-online.de

Östliches Ruhrgebiet
Sprecher: Hans G. Glasner
Häuskenweg 4
44267 Dortmund
Tel.: 0231 – 46 16 66
hgglasner@t-online.de

Rhein-Main
Sprecher: Andreas Dickerboom
Kreutzerstraße 5
60318 Frankfurt a.M.
Tel.: 069 – 59 67 36 87
rhein-main@gegenvergessen.de

Koordinatorin für Rheinland-Pfalz:
Geesche Hönscheid
Südring 98
55128 Mainz
Tel.: 06131 – 63 28 48
Fax: 06131 – 9 72 86 01
g.hoenscheid@t-online.de

Sektion Südhessen
Koordinator: Klaus Müller
Gundhofstraße 22
64546 Mörfelden-Walldorf
Tel.: 06105 – 94 62 50
Fax: 06105 – 94 62 52
klausmueller-walldorf@t-online.de

Rhein-Ruhr West
Koordinator: Wolfgang Braun
Johanniterstraße 13
47053 Duisburg
elke_und_wolfgang.braun@t-online.de
Tel.: 0203 – 66 20 90
Sprecher: Dr. Günther Neumann
Haroldstraße 45
47057 Duisburg
guenther_neumann@gmx.de
Tel.: 0203 – 37 26 88

Saar-Pfalz-Hunsrück
Sprecher: Armin Lang
c/o: Adolf-Bender-Zentrum e.V.
Gymnasialstraße 5
66606 St. Wendel
Tel.: 06851 – 80 82 790
Funk: 0171 – 520 26 76
Fax: 06851 – 80 82 799
info@adolf-bender.de

Sachsen
Sprecher: Prof. Dr. Christoph Meyer
Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung
Kamenzer Straße 12
01099 Dresden
Tel.: 0351 – 8 04 02 20
christoph.meyer@hs-mittweida.de

Sachsen-Anhalt
Sprecher: Lothar Tautz
Kantorstraße 4
06577 Heldrungen
Tel.: 034673 – 79 97 34
Funk: 0175 – 5 92 55 46
Fax: 034673 – 79 97 35
info@lothartautz.de

Schleswig-Holstein
Sprecher: Rolf Fliegner
Albert-Schweitzer-Straße19 A
23879 Mölln
Tel.: 04542 – 8 79 68
cundrflmoe@web.de

Thüringen
Sprecherin: Kati Bothe
Grimmelallee 12
99734 Nordhausen
Tel.: 0174 – 2 09 43 53
Fax: 03631 – 47 68 23
kabonodi@email.de

Unterweser-Bremen
Sprecher: Reinhard Egge
Grüne Straße 29 A
27721 Ritterhude
Tel.: 04292 – 40 90 56
Fax: 04292 – 40 90 57
Sprecher: Konrad Kunick
Günther-Hafemann-Str. 28
28327 Bremen

Würzburg-Unterfranken
Sprecher: Gerhart Gradenegger
Bohlleitenweg 1
97082 Würzburg
Tel.: 0931 – 41 37 31
gradenegger@t-online.de

Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft

46 Bausteine für die schulische und außerschulische historisch-politische Bildung

Themen und Materialien

Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.

bpb Bundeszentrale für politische Bildung